

AKADEMIE -REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: info@apb-tutzing.de



1 / 2010

Wahlergebnis der Rekorde

Eine Wahlniederlage der SPD in nie gekanntem Ausmaß und die Nichtwähler als stärkste Gruppe: Das Ergebnis der Bundestagswahl ist reich an Rekorden. Wahl- und Medienforscher machten sich in der Akademie an die Analyse.

Siehe Seite 3 bis 8



Ach, wie war es doch vordem mit den Sozis so bequem
Zeichnung: Hanitzsch (SZ vom 28.9.2009)

40 plus 20 gleich 60

60 Jahre Grundgesetz – davon fast 20 Jahre in deutscher Einheit. Mehrere Tagungen nahmen das Verfassungsjubiläum und den Fall der Mauer im November 1989 zum Anlass, nicht nur zurück zu schauen und Bilanz zu ziehen, sondern auch zukünftige Entwicklungen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im vereinten Deutschland aufzuzeigen.



Gerhart Baum sprach über die Grundrechte und ihre Bedrohung Fotos: Schmidt

Siehe Seite 9 bis 18

Qualität unter Druck

Die Qualität des Journalismus ist in Gefahr. Die Bedrohungen kommen von vielen Seiten: Immer mehr Leser wandern ins Internet ab. Die Leserschaft veraltet. Ausbildung findet in vielen Bereichen kaum oder nur unzureichend statt.

Das Geschäftsmodell Zeitung, das ganze Generationen von Verlegern und deren Erben sehr gut ernährt hat, funktioniert nicht mehr. Gründe liegen im privaten Fernsehen – Stichwort: Boulevardisierung ist überall – und beim Internet.

Anzeigenkunden für Autos, Immobilien und Arbeitsplätze investieren ihr Geld nicht in Zeitungen, nur weil die den Auftrag zu demokratischer Kontrolle noch ernst nehmen. Sie gehen dorthin, wo sie sich den größeren Nutzen versprechen. Und das ist im Internet. Namhafte Experten diskutierten die Zukunft des Journalismus im online-Zeitalter.



ARD-Programmdirektor Volker Herres verteidigte die Programmpolitik der ARD im Kampf um die Reichweite

Siehe Seite 19

Weitere Themen im Heft:

Freiheit und Humanität	S. 23
Renaissance des Staates	S. 27
Machiavelli	S. 28
Massive Probleme Lateinamerikas	S. 29
Jahresbibliografien	S. 33

Inhaltsverzeichnis

„Wahlkampf der Illusionen“	3
Vorwärts auf der Abwärtsspirale	5
„Weimar 2.0“	6
<i>Akademiegespräch im Landtag:</i>	
„Die Zeiten absoluter Mehrheiten sind vorbei“	8
Wenn die Volksparteien das Volk verlieren	9
Die Ängste der Mittelschicht wachsen	11
Weiter markante Unterschiede zwischen Ost und West	13
Gewinner und Verlierer der Arbeitsmigration	14
Glanzvolle Tradition und Aktualität	16
Auf dem Weg zu einer neuen Datenschutzkultur	17
Im Zweifel für die Freiheit	18
Qualität unter Druck	19
Nachrichtenwert oder: der Wert der Nachrichten	21
Freiheit und Humanität	23
Innenansichten einer Isolation	24
„Ach, Obrigkeit und ...Staufenbach“	26
Krise, Grenzen und die Funktion des Staates	27
Machiavelli – die Geburt des modernen Staates	28
Wirtschaftlicher Abstieg und öffentliche Unsicherheit	29
Verwüstung – Hunger – Drogen	30
 Rezensionen – Neuerscheinungen – Publikationen	 32
Jahresbibliografien 2009	33
Pressespiegel	36
Themen – Tagungen – Termine	37
Namen und Nachrichten	40

Direktor der Akademie:
Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich **Oberreuter**

Vorsitzender des Kuratoriums:
Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans **Maier**

Vorsitzender des Beirats:
K. Heinz **Eisfeld**

Kollegium:

Dr. Saskia **Hieber**, M.A.
Internationale Politik

Dr. Gero **Kellermann**, Dozent
Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Stefan Köppl, M.A.
Pers. Referent des Direktors
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Wolfgang **Quaisser**, Dozent
Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent
Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred **Schwarzmeier**
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Michael **Spieker**
Ethische und theoretische
Grundlagen der Politik

Organisationsreferat:
Dr. Manfred **Schwarzmeier**

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Online-Redaktion: Kathrin **Haimerl**

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 82327 Tutzing
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>
E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Dr. hc. Heinrich Oberreuter
(verantw.)

Dr. Michael Schröder
(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: **Karin Sittkus**

Druck:

Dinauer GmbH
Lindberghstraße 4 82178 Puchheim

Logo: **KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking**

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

ISSN 1864-5488

Klimaneutral gedruckt 

„Wahlkampf der Illusionen“

Wahlnachlese mit namhaften Wissenschaftlern

Das Ergebnis der Bundestagswahl 2009 war eines der Rekorde – doch mehr im negativen Sinn: Seit 1953 hat es keine größeren Kräfteverschiebungen zwischen den Parteien gegeben. Nie zuvor hat die SPD größere Verluste hinnehmen müssen. Mit 70,8 Prozent gab es die niedrigste Wahlbeteiligung. Zum ersten Mal gab es mehr Nichtwähler als Wähler der stärksten Partei. Noch nie gab es so viele Überhangmandate. Namhafte Wahl- und Medienforscher machten sich bei einer Wahlnachlese in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing an die Analyse dieses in vielerlei Hinsicht bemerkenswerten Ergebnisses.

Akademiedirektor Heinrich Oberreuter zitierte den thüringischen SPD-Wirtschaftsminister Matthias Machnig, der die zurückliegende Kampagne als einen „Wahlkampf der Illusionen“ bezeichnete: Für die SPD gab es eine Kanzler-Illusion, eine Koalitionsillusion und eine Illusion der Angst. Schwarz-Gelb erwies sich beim Wählervolk nicht als „Schreckgespenst der sozialen Kälte“. Mit dieser Ausgangsbasis konnte die SPD nur verlieren. Da halfen auch gute Popularitätswerte des Kandidaten Steinmeier nichts. Dagegen zog die sehr populäre Kanzlerin ihre Partei über die Ziellinie und rettete die CDU vor herberen Verlusten.

Krise der Volksparteien

Nach Oberreuters Meinung stößt das Modell Volkspartei an seine Grenzen und erodiert: „Man könnte meinen, die Strategie der Inhaltslosigkeit der Kanzlerin hat sich als Erfolgskonzept erwiesen.“ Für Oberreuter gibt es in Deutschland zwei Parteiensysteme: eines im Westen und eines im Osten.

Und der frühere Chef der Forschungsgruppe Wahlen, Dieter Roth, ergänzt: „Die Volksparteien sind im Osten noch schwächer als im Westen. Die Linke ist mit 28,5 Prozent im Osten die Volkspartei.“ 2009 konnten Union und SPD zusammen nur noch 56,8 Prozent der Wähler für sich gewinnen – weniger als 1949. Oberreuter rechnete vor,

dass es noch dramatischer aussieht, wenn man die Nichtwähler herausrechnet: 19 Prozent für die CDU, 16,1 Prozent für die SPD und 4,6 Prozent für die CSU. Zusammen nur noch 39,7 Prozent beträgt der Anteil der Volksparteien gemessen an der Zahl der Wahlberechtigten.



Dieter Roth: „Medialisierung der Politik trägt zur Abwendung von den Parteien bei“

Seit 1990 gab es einen dramatischen Rückgang der absoluten Stimmen für die Volksparteien: Die SPD fiel von 15,6 auf 10 Millionen zurück, die CDU von 17,1 Millionen auf 11,9 Millionen und die CSU von 3,3 auf 2,8 Millionen Stimmen.

Zielgruppen und Milieus zerrinnen und sind immer schwieriger anzusprechen.

Die Parteiidentifikation geht zurück, „die Hochburgen sind geschliffen“, so Oberreuter. Er wies darauf hin, dass sich die Vertrauenswerte für Parteien, Parlament und Regierung seit Mitte der 1990er Jahre halbiert hätten: „Zu fast 90 Prozent vermissen die Bürger Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit in der Politik. Nur noch ein Drittel der Bürger in Bayern hält die CSU für glaubwürdig.“



Richard Hilmer: „Die SPD hat in alle Richtungen massiv Wähler verloren“

Fotos: Schröder/Lohmann

Ergänzt wurden diese Befunde von Richard Hilmer, dem Geschäftsführer von infratest dimap. Er hatte bereits beim Akademiegespräch im Bayerischen Landtag seine Analyse des Wahlergebnisses vorgestellt (siehe Seite 8). Er wies darauf hin, dass die SPD in alle Richtungen massiv Wähler verloren hat: „Zwei Millionen an die Nichtwähler, ebenso viele an Linke und Grüne zusammen und 1,4 Millionen an Union und FDP.“

Für Hilmer verlieren die Volksparteien an Bedeutung: „Die Zeiten absoluter Mehrheiten sind wohl vorbei und es wird schwieriger, stabile Mehrheiten zu erreichen.“



Kompetenzen sinken

Auch Dieter Roth sieht den Niedergang der Volksparteien. Gründe liegen für ihn in der geänderten Sozial- und Berufsstruktur, der Individualisierung der Gesellschaft und dem Zerfall der Kernmilieus: Gewerkschaftsmitglieder und kirchentreue Katholiken spielen rein zahlenmäßig eine immer geringere Rolle. Höhere Bildungschancen und gestiegener Wohlstand befördern ein zunehmend nutzenorientiertes Wahlverhalten. „Die Parteien werden weniger unterscheidbar wahrgenommen, die Zuschreibung von Kompetenzen sinkt und die Bevölkerung hört alte Antworten auf neue Herausforderungen.“ Die Medialisierung der Politik und ihre Personalisierung trage weiter zur Abwendung von den Parteien bei.



Zeichnung: Hanitzsch (Bonner Generalanzeiger 12. Okt. 2009)

Verengte SPD-Spielräume

Der Meinungsforscher Helmut Jung sieht den Grund für das SPD-Debakel nicht in erster Linie in der Angst vor einer rot-rot-grünen Regierung, sondern in der Abneigung gegen die Fort-

setzung der Großen Koalition. Für ihn sind die „verengten Spielräume der SPD“ auch das große Zukunftsproblem der Partei: „Die FDP hat ein verbessertes Image – sie ist nicht mehr die Umfallerpartei. Und die Union wird ihre soziale Komponente stärker betonen.“ Bei allen Parteien müsse es an-

gesichts des neuen Sechs-Parteiensystems ein „Ausbrechen aus traditionellen Koalitionsmustern“ geben. „Das Konzept Volkspartei steht auf dem Prüfstand. Und Valium-Wahlkämpfe wie der vergangene wird es in Zukunft nur noch in Ausnahmefällen geben.“

■ Michael Schröder

Gründe für die Verluste der SPD

Abwanderungsmotive von SPD-Wählern

WAHL 09 Bundestag	
Kritik an der SPD	
„man weiß nicht genau, was sie nach der Bundestagswahl vorhat“	69
„hat mit Hartz IV und der Rente mit 67 ihre Prinzipien aufgegeben“	67
„hat die Bodenhaftung verloren“	54
„ist keine Partei mehr für die kleinen Leute“	53
„hat lange genug regiert und sollte in die Opposition gehen“	47

Quelle: ARD / Infratest dimap Wahltagsbefragung

Angaben in Prozent

Vorwärts auf der Abwärtsspirale

Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009

Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik kommen Union und SPD zusammen nicht mehr auf eine verfassungsändernde Zwei-Drittel-Mehrheit. Warum dies ein spezifisch deutsches Phänomen ist und wie Parteien den Wähler künftig erreichen können – während der Tagung zur Nachlese der Bundestagswahl gingen Forscher diesen Themen auf den Grund.

Der Sturz geht ins Bodenlose: Als am 27. September 2009 ab 18 Uhr die ersten Hochrechnungen kommen, starren die Genossen im Berliner Willy-Brandt-Haus gebannt auf die Bildschirme. Am Ende hatten nur noch 23 Prozent der Wähler für die SPD gestimmt.

Aber auch der Union erging es nicht viel besser (siehe Bericht Seite 3-4). Beide Volksparteien befinden sich im Niedergang. Ein allgemeiner Trend?



Oskar Niedermayer: „Die SPD hat nur Rot-Rot-Grün als realistische Machtoption“

Nein, sagte Oskar Niedermayer. Der Politikwissenschaftler von der Freien Universität Berlin, der die Konsequenzen für das Parteiensystem analysierte, sprach von einem spezifisch deutschen Phänomen. Während das bundesrepublikanische Parteiensystem seit der vergangenen Wahl die Anforderungen eines Systems mit Zweiparteiendominanz nicht mehr erfülle, sei in anderen europäischen Ländern die umgekehrte Entwicklung zu beobach-

ten. Etwa in Italien. Mit den Bündnissen der Popolo della Libertà einerseits und der Partito Democratico andererseits erfülle das Land erstmals in seiner Geschichte die Anforderungen eines Zweiparteiensystems.

Parteienforscher Niedermayer will auch bei der Krise der Sozialdemokraten keinen europaweiten Trend erkennen. Vielmehr seien die Verluste der SPD auf die Agenda-Politik zurückzuführen, in deren Zuge es zur Abspaltung der WASG und später zur Vereinigung mit der PDS (heute: Die Linke) kam.

Bei der vergangenen Bundestagswahl indes war es nicht nur die Linkspartei, an die die SPD Wähler verloren hat (siehe Bericht Seite 3).

Krisenmythos Agenda 2010

In der Meinungsforschung ist der Niedergang der Sozialdemokraten schon vor den Diskussionen um die Agenda-Politik zu beobachten.

Viola Neu von der Konrad-Adenauer-Stiftung zeigte eine Grafik, die über mehrere Jahre die politische Stimmung der SPD-Anhänger abfragt. Zu sehen ist eine Art Fieberkurve, immer wieder kommt es zu größeren Ausschlägen. Unter anderem nach der Bundestagswahl 2002 bricht die Kurve ein. Also noch vor der Regierungserklärung von Gerhard Schröder im März 2003, in der er die Reform-Pläne verkündete. Viola Neu ist sich deshalb sicher: Die unpopuläre Agenda ist eine Art Krisenmythos, der im Nachhinein geschaffen wurde.

Eine Erklärung, die vermutlich andere Probleme verdrängen soll. Und das nicht nur bei den Sozialdemokraten. Generell hätten die Parteien ein massives Kommunikationsproblem, sagte Neu. Sie würden am Wähler vorbeireden. „Sie sind nicht mehr in der Lage, Themen aufzugreifen, die für die Mehrheit der Bevölkerung von Bedeutung sind.“

Wähler als Kunden

Wenn Neu die veränderten Anforderungen des Wählers an die Parteien analysiert, dann benutzt sie Ausdrücke aus dem Marketing: Performancewer-



Viola Neu: „Parteien reden am Wähler vorbei“ Fotos: Lohmann

te und Images seien wichtig. Der Wähler sei zum Kunden geworden, der sich überlege, ob er das eine Produkt bei Aldi oder Lidl kaufen solle. „Die Parteien müssen verstehen, dass sie auf gleicher Höhe um die Wähler konkurrieren“, sagte Neu.

Akademiedirektor Heinrich Oberreuter sprach sich dafür aus, dass die Parteien künftig auf Hilfsmittel der Konsumentenforschung zurückgreifen, um neue Zielgruppen zu erfassen – hilfreich könne dabei das Raster der „Sinus“-Milieus sein. Die einzige Partei, die bislang erfolgreich neue Milieus erfasse, sei die Linkspartei, die mit ihrer Themensetzung so-

wohl das Prekariat wie das gebildete Bürgertum anspreche.

„Wir lassen uns blenden“, warnte der Chemnitzer Extremismusforscher Eckard Jesse. „Die Linke sagt ganz klar, wir akzeptieren Kommunisten. Ich kenne keine Kommunisten, die demokratisch orientiert sind.“ Sein Fazit: „Es verbietet sich für jede demokratische Partei, mit der Linken eine Koalition einzugehen.“

Noch, sagte Jesse, gebe es auf Bundesebene einen anti-extremistischen

Konsens. Doch der Politikwissenschaftler zeigte sich überzeugt, dass die Einbeziehung der Linken in eine Landesregierung in Westdeutschland nur eine Frage der Zeit sei. Die Probe aufs Exempel komme 2010 bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, sagte er. Erfolgreiche Experimente auf Landesebene könnten sich indes auch auf den Bund auswirken. Seine Prognose für die Bundestagswahl 2013: „Wir werden die Wahl haben zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Rot-Grün.“

Steiniger Weg

Während sich Jesse aufgrund der Radikalität der früheren WASG strikt gegen ein Bündnis mit der Linken aussprach, zeigte sich Oskar Niedermayer sehr viel pragmatischer. „Die SPD hat nur eine realistische Machtoption: Rot-Rot-Grün“, sagte er. Doch dafür müsse die SPD-Führung noch sehr viel Überzeugungsarbeit auch in den eigenen Reihen leisten. „Der Weg der SPD zurück zur Macht wird lang und steinig.“ ■

Kathrin Haimerl

„Weimar 2.0“

Experten zum Medienwahlkampf 2009

Ist das Jahrhundert des Journalismus vorbei? Kommunikationswissenschaftler zogen eine Bilanz des Medienwahlkampfes – die Zukunftsprognose fiel düster aus. Die etablierten Parteien wissen das Internet (noch) nicht für sich zu nutzen.

Kampfzone, Faktenhuberei und Langeweile – Stichworte zur Charakterisierung des Medienwahlkampfes 2009, der nach Ansicht des Hamburger Medienforschers Siegfried Weischenberg gar kein Medienwahlkampf war: „Dieser Wahlkampf offenbarte die Krise des Journalismus. Fehlende Kompetenz und Überforderung der Journalisten zum Beispiel beim TV-Duell. Fehlende Relevanz der Themen und der Verlust des Journalismus als gesellschaftliches Frühwarnsystem. So geht Glaubwürdigkeit verloren. So gewinnt man kein junges Publikum“, sagte Weischenberg, der früher auch Vorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbandes war.

In seinen Augen haben die Journalisten ihre Kritik- und Kontrollfunktion gegenüber den Politikern nicht mehr wahrgenommen. Statt Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihren Herausforderer Frank-Walter Steinmeier habe man Ulla Schmidt („Dienstwagenaffäre“) und Hape Kerkeling alias Horst Schlämmer zu den Medien-Ikonen des Jahres 2009 gemacht. Es könne sogar



Siegfried Weischenberg sieht eine Krise des professionellen Journalismus
Fotos: ms

sein, dass das Jahrhundert des Journalismus vorbei sei: „Das Geschäftsmodell Tageszeitung ist kein Selbstläufer mehr.“ Journalisten hätten angesichts multimedialer Konkurrenz im Internet das Deutungsmonopol verloren.

Darüber hinaus stellte er einen „zunehmenden Autonomieverlust“ fest und kritisierte die Weichspülung der Inhalte. Seine Zukunftsprognose für den Journalismus fiel deshalb düster aus: Diese werde geprägt durch größere Komplexität, abnehmende Professionalität und wachsende Finanzierungsprobleme der Medien.

Wenn die politische Kommunikation der Regierenden sich eigene Kanäle eröffnet wie das Video-Podcast der Kanzlerin, werde versucht, an den Journalisten vorbei die Bürger zu erreichen. Brauchen wir dann überhaupt noch Journalisten? „Mehr denn je“, sagte Weischenberg. Aber das Überleben der Branche hänge wesentlich davon ab, ob Journalismus noch einen Mehrwert liefere, für den das Publikum bezahlen wolle.

Zerfall der Öffentlichkeit

In eine ähnlich kritische Kerbe schlug der Dresdner Medienwissenschaftler Wolfgang Donsbach. Trotz großer technischer und politischer Unterschiede zur Weimarer Republik spricht er von einem „Weimar 2.0“, weil er „ähnliche Muster einer schädlichen Kommunikationsökologie“ entdeckt. Donsbach sieht im TV-Duell 2009 „einen Tiefpunkt des deutschen Fernsehjournalismus“: „Sensationalismus, Negativismus, Boulevardisierung und Emotionalisierung nehmen zu.“ Die Sprachfetzen der Politiker, die sogenannten Soundbites in den Nachrichten werden immer kürzer. „Die zuneh-

mende Banalisierung und Marginalisierung der Politik in den Medien steigt an.“ Gleichzeitig ziehe sich die Bevölkerung von der Politik zurück, weil sie sie nicht mehr wichtig nehme. „Maßstäbe der Unterhaltungsbranche werden auf die Politik übertragen. Mit All-



Wolfgang Donsbach entdeckt Muster einer schädlichen Kommunikationsökologie

gemeinplätzen kann man punkten – nicht mit konkreten Programmen. Wer sich zuerst bewegt, hat schon verloren“, sagte Donsbach. Er sieht einen Zerfall der Öffentlichkeit, weil der Anteil von gemeinsamem Wissen in der Gesellschaft sinke: „Wir brauchen wieder eine Instanz, die Nachrichten von Gerüchten unterscheidet.“ Für ihn droht die Gefahr eines „kommunikativen Prekariats“ am untersten Ende einer Drei-Klassen-Informationsgesellschaft.

Ein ernüchterndes Ergebnis zur Rolle des Internets im Medienwahlkampf der Parteien präsentierten die Mainzer Medienforscher Hans Mathias Kepplinger und Nicole Podschuweit. Das Internet sei noch keine Alternative zu den klassisch-traditionellen Medien: „Die Reichweite der Parteiforen ist gering. In jede Wirtshausversammlung kommen mehr Leute“, sagte Kepplinger. Auch die Leserbriefspalten der Regionalzeitungen würden mehr Leute lesen als die Diskussionsseiten der Parteien. Nur rund fünf Prozent der Parteimitglieder würden so erreicht. Bestenfalls eigne sich das Medium zur Steuerung der Kampagne und ihrer Helfer. Letztendlich sei die parteiliche Nutzung des Internets ein Rückgriff auf alte Medien wie Parteizeitung und Vereinsblatt. Über den Kreis der ohnehin Überzeugten komme man damit nicht wesentlich hinaus.

Erfolg der „Piraten“

Dem widersprach Wolfgang Donsbach: Die Bedeutung des Internets für die politische Kommunikation lasse sich nicht an den Foren der Parteien ablesen. Stattdessen müsse man sich die neuen sozialen Netzwerke im Internet wie zum Beispiel Facebook und StudiVZ ansehen und untersuchen. Als Beispiel nannte er den relativen Wahlerfolg der Piratenpartei, die aus dem Stand zwei Prozent erreichte. Bei jungen Männern übersprang sie sogar

deutlich die Zehn-Prozent-Marke. Ihren Wahlkampf führte die Partei nur im Internet – und zwar zu genau diesem Thema: die Freiheit des Netzes von staatlicher Zensur und Eingriffen.



Nicole Podschuweit: „Die Reichweite der Parteiforen im Internet ist gering“

Praktische Erfahrungen aus der Welt des Zeitungsjournalismus konnten die Mainzer Publizistikforscher Jürgen Wilke und Melanie Leidecker mit empirischen Daten untermauern. Die Wahlkampfberichterstattung der vier überregionalen Tageszeitungen SZ, FAZ, Welt und Frankfurter Rundschau geht im Umfang zurück – wie insgesamt der Umfang der Zeitungen schwindet. Die Ursache liegt im Verlust von großen Anzeigenmärkten und ihrer Abwanderung ins Internet. Nachrichten spielen bei der Berichterstattung eine immer geringere Rolle. Kommentare, Analysen und Reportagen nehmen dagegen zu. Auch dieses Ergebnis erstaunt nicht, da das langsame Medium Tageszeitung im Konkurrenzkampf um Aktualität längst nicht mehr punkten kann. Zeitungsredaktionen suchen schon lange ihr Heil in der Erklärung und Deutung von Hintergründen der Nachrichten, die andere schneller und rund um die Uhr liefern. Und dass auch große überregionale Blätter immer stärker auf farbige Bebilderung und Boulevard-Elemente beim Kampf um das Publikum setzen, bringt den kundigen Leser nicht wirklich zum Staunen. ■

Michael Schröder



Zeichnung: Tomaschoff

„Die Zeiten absoluter Mehrheiten sind vorbei“

Wahlforscher Richard Hilmer analysierte die Bundestagswahl

Der Wähler attestierte der SPD mangelnde Problemlösungsfähigkeit, Kanzlerin Angela Merkel hingegen konnte ihren Amtsbonus ausbauen: Wahlforscher Richard Hilmer analysierte beim Akademiegespräch im Bayerischen Landtag das Ergebnis der Bundestagswahl 2009 – und entwickelte Perspektiven für das neue Sechs-Parteien-System.

Reinhold Bocklet, Vizepräsident des Landtags, hatte in seiner Begrüßung auf die generellen Herausforderungen der Volksparteien und unseres Parteiensystems insgesamt hingewiesen. Dafür machte er die zunehmende Individualisierung und Differenzierung der Gesellschaft verantwortlich. Akademiedirektor Heinrich Oberreuter sah keine Notwendigkeit für „Alarmismus für zukünftige Koalitionsbildungen“ wegen der zunehmenden Ausdifferenzierung des Parteiensystems, wenn nur die „prinzipielle Möglichkeit zur Koalitionsbildung und zur Schaffung stabiler Mehrheiten“ erhalten bliebe.

Der Wahlsieg der konservativ-liberalen Regierung habe Hilmer zufolge auf all dem basiert, was die SPD nicht zu

bieten hatte: Es gab einen klaren Agendawechsel. In Zeiten der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise hätten die Wähler einer schwarz-gelben Koalition die Krisenbewältigung eher zugezogen. Insbesondere der historisch hohe Stimmengewinn der FDP sei laut Hilmer auf ein klares Profil auf dem wichtigen Feld der Steuer- und Wirtschaftspolitik zurückzuführen. Union und FDP hätten zudem eine klare und erklärte Machtopion gehabt durch deutliche Koalitionspräferenzen vor der Wahl. Darüber hinaus habe die amtierende Kanzlerin über eine stabile und hohe Beliebtheit verfügt. Sie sei zudem die erste Amtsinhaberin, die während einer Legislaturperiode nicht an Zustimmung verloren hätte, sondern ihren Amtsbonus sogar ausbauen konn-

te. Dazu habe sie sich aus Sicht der Wähler Kompetenz auf dem Gebiet der sozialen Gerechtigkeit erworben. Der Vorwurf der SPD, wonach Schwarz-Gelb für „soziale Kälte“ stehe, habe beim Wähler nicht überzeugt.

SPD-Desaster

Dem gegenüber stand das Wahldesaster der SPD: Mehr als sechs Millionen Wähler hätten den Sozialdemokraten seit 2005 den Rücken gekehrt. Die Gründe liegen für Hilmer auf der Hand: „Der Markenkern der sozialen Gerechtigkeit erodiert.“ Verbunden sei dies mit den Begriffen „Hartz IV und Rente mit 67“. Ferner habe es ein mangelndes Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Partei in Krisenzeiten gegeben – und speziell auch eine fehlende Zustimmung zum Kanzlerkandidaten Steinmeier. Die Wähler hätten keine klare Richtung erkannt und die einzige Machtopion der SPD, die „Ampel“, politisch nicht favorisiert. Außerdem habe der häufige Führungswechsel der SPD – sechs Vorsitzende in zehn Jahren – dem Image der Partei geschadet. Speziell für Bayern sei deutlich geworden, dass CSU-Chef Horst Seehofers Attacken auf die FDP den Liberalen

die CSU-Wähler in Scharen zugeworben hätten, zumal Sabine Leutheusser-Schnarrenberger noch zusätzlich das Image der liberalen „Bürgerrechtspartei“ pflegen konnte. „Besonders schwer“ seien die CSU-Verluste im mittleren Alterssegment und bei Selbständigen gewesen, so Hilmer.

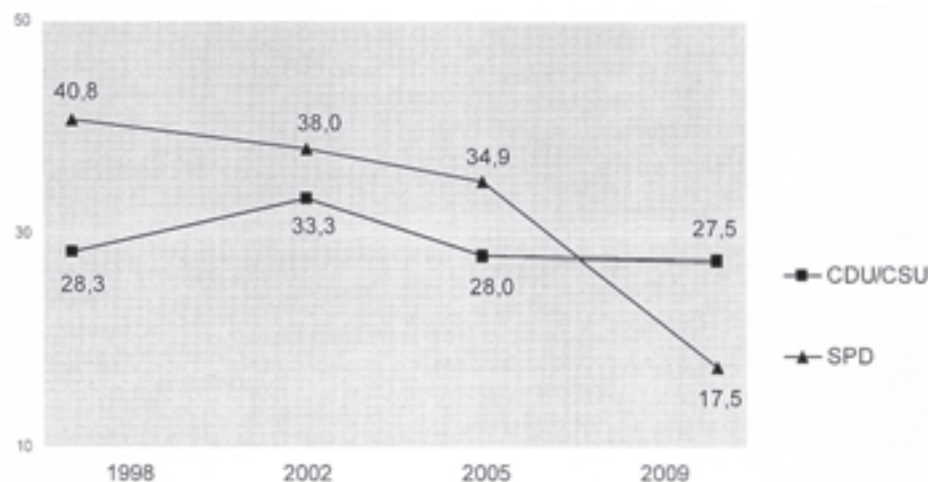
„Die Zeiten absoluter Mehrheiten sind vorbei“, waren sich Hilmer und Oberreuter einig. Und die der Volksparteien womöglich auch. Denn nur noch 45 Prozent der 18- bis 34-Jährigen wählten dieses Mal Union oder SPD. ■

Michael Schröder

Entwicklung der Parteienlandschaft

Anteile von Union und SPD bei 18-34-jährigen Wählern

Angaben in Prozent



Quelle: ARD / Infratest dimap Wahltagsbefragung

Wenn die Volksparteien das Volk verlieren

Zur Zukunft des Parteienstaats

Schwund der Großen bei der Bundestagswahl: Verluste der Union und ein Absturz der SPD. Sind die deutschen Volksparteien ein Auslaufmodell? Möglicherweise, sagt Akademiedirektor Heinrich Oberreuter. Nein, sagt der Politologe Tilman Mayer von der Universität Bonn. Im Rahmen der Tagung „40 plus 20 gleich 60“ über 60 Jahre Bundesrepublik und 20 Jahre deutsche Einheit haben sie sich ein Streitgespräch geliefert.

Noch im Mai 2009 gab sich der scheidende SPD-Vorsitzende Franz Müntefering zuversichtlich. Von einem Aufschwung seiner Partei war er überzeugt: „In der Krise gehen die Leute in die Kirche und zu den Vernünftigen. Das sind wir“, sagte er in einem Interview. Einige Monate und einige Wahlen später hat sich die wirtschaftliche Situation verschlechtert. Und mit ihr die Situation der SPD.

Doch es ist nicht nur die SPD, die mit Wähler- und Mitgliederchwund zu kämpfen hat, erklärte Tilman Mayer: Auch die Unionsparteien sind von einer Mitgliederzahl von 735 000 im Jahr 1983 auf 529 000 im Jahr 2008 geschrumpft. Kanzlerin Angela Merkel hatte dies noch süffisant mit den Worten kommentiert: „Jetzt befinden wir uns auf Augenhöhe mit der SPD.“

Der Absturz der Mitgliederzahl der Sozialdemokraten fiel noch sehr viel dramatischer aus: Zur Zeit Willy Brandts um 1970 hatte die SPD in der alten Bundesrepublik rund eine Million Mitglieder. Nun löste die Union die SPD als traditionell mitgliederstärkste Partei ab – für die Kanzlerin gar Grund zur Euphorie.

„An ihrer Stelle würde ich mir lieber Gedanken über die Ursachen machen“, sagte Heinrich Oberreuter. Er gab sich sehr viel pessimistischer als sein Bonner Kollege.

Das Konzept der Volkspartei, es ist eine tragende Säule der bundesdeutschen Nachkriegsdemokratie. Jahrzehntlang fand das politische System Stabilität im Zweieinhalb-Parteien-System: Zwei



Heinrich Oberreuter: Parteien mit starker Tendenz zum Realitätsverlust



Tilman Mayer: „Das Konzept der Volkspartei hat Zukunft“

Große rechts und links, eine kleine Partei in der Mitte, die für die Veränderung in den Machtkonstellationen und Koalitionen den Ausschlag gab.

Organisationsform der Vergangenheit?

„Ich bin mir nicht sicher, ob die Parteien als politische Organisationsform des 20. Jahrhunderts so auch im 21. Jahrhundert noch Bestand haben“, sagte Oberreuter. Dass die Leute in der Krise eben nicht die Volksparteien wählen, veranschaulichte der Politologe mit einer Grafik, die die Stimmenanteile von Union und SPD bei den Bundestagswahlen seit 1949 zeigt. Das Gegenteil sei der Fall: Die stärksten Phasen

von Union und SPD fielen mit Zeiten des ökonomischen Erfolgs zusammen.

Was steht hinter dem Schrumpfen der großen Parteien? „Ganz klar die Antwort: die abnehmende Attraktivität des Volksparteienkonzepts“, sagte Oberreuter. Dies sei eine Entwicklung, die sich bereits seit Jahren abzeichne: „Man hat das alles gewusst.“ Den politischen Parteien Deutschlands warf Oberreuter deshalb „eine starke Tendenz zum Realitätsverlust“ vor.

Mayer widersprach: „Das Konzept der Volkspartei hat Zukunft.“ Als Beleg führte er eine Umfrage an, wonach die Volkspartei als Parteityp von den Befragten favorisiert werde. „Die Volkspartei hat in der öffentlichen Meinung einen hohen Stellenwert.“

Überhaupt sieht Mayer die Situation der Volksparteien sehr viel optimistischer als Oberreuter. Mitgliederchwund, das sei schon richtig. Doch das müsse man relativ betrachten: Zu den kleinen Parteien zeigten die Kurven immer noch einen deutlichen Abstand – eine deutliche Grenze, die den Volksparteiencharakter unterstreiche. „Trotz des Erosionsprozesses kann man eine klare Linie einziehen und sagen: Hier oben drüber handelt es sich um Volksparteien, unten drunter sind die kleineren Parteien.“

„Problematische Trias“

Seine These: Am Führungspersonal hängt Erfolg und Scheitern der Großen. Mayer fand deutliche Worte für die neue Führungsspitze der SPD um Sigmar Gabriel, Andrea Nahles und Klaus Wowereit.

Als „problematische Trias“ bezeichnete Mayer die geplante Führungsrie-



ge, die bereits bei der Nominierung im Vorstand mit schlechten Ergebnissen abgestraft wurde. „Wenn man nicht führungsfähiges Personal an die Spitze stellt, muss man sich nicht wundern, wenn auch die Partei nicht führen kann.“

Das wiederum passt in Oberreuters Argumentation. Er sagt, mit der schwindenden Mitgliederzahl sinke auch das Rekrutierungsreservoir für potentielle Führungskräfte. Stattdessen werde „die Zahl der Haifische im Becken immer größer“. Mit Schuld daran sei insbesondere die medieninduzierte Personalisierung, eine „zunehmende Konzentration auf die Parteikarriere und eine größer werdende Abhängigkeit des politischen Personals von der Führungsspitze.“ Zur medialen Inszenierung der Politik meinte Oberreuter: „Der ganze Politikzirkus ist inzwischen zum Nationaltheater geworden.“

Für den Dresdner Politikwissenschaftler Werner Patzelt war bei den zahlreichen Wahlen des Jahres 2009 kein Hang zu den Extremen zu erkennen: „Die Rechte legt nicht zu und die Linke ist nicht extrem.“ Bestenfalls im Westen der Republik gebe es einige Sektierer bei den Linken, die allerdings mittelfristig das Bild prägen könnten.

Patzelt sieht das linke Lager „dauerhaft aufgefasert“ in SPD, Grüne und Linke. Die SPD sei deshalb auch in der größten Krise ihrer Geschichte. Die CSU sei desorientiert, die FDP auf dem Gipfel der Macht und der Rechtsextremismus ein regionales Problem in Sachsen. Das liege an einer „rechts-extremen Normalität“ in der sächsischen Ge-

sellschaft, die ein sehr ernst zu nehmender Dauerzustand werden könnte.

Politisches Prekariat

Noch größere Sorgen bereiten Patzelt die Metamorphose des Politischen und die Entstehung eines politischen Prekariats. Es gebe eine „taktisch aufgezwungene Unehrlichkeit der politischen Klasse“, die durch die Medialisierung noch verstärkt werde. Im Entstehen eines politischen Prekariats sieht er ein Alarmsignal für die Demokratie und den Parteienstaat: „Eine uninformierte, unterhaltungsorientierte Nichtwähler-Gesellschaft wird zur Verfügungsmasse der Demagogen“, fürchtet der ostdeutsche Politikwissenschaftler. ■



Werner Patzelt sieht die Entstehung eines politischen Prekariats

Fotos: Schusser

Kathrin Haimerl /
Michael Schröder

Stimmenanteile von Union und SPD bei den Bundestagswahlen 1949 bis 2009



Quelle: Bundeswahlleiter

Die Ängste der Mittelschicht wachsen

Der Kitt, der unsere Gesellschaft einst zusammen hielt, bröselte. Immer wenige Reiche verfügen über immer mehr Geld und Vermögen. Immer mehr Menschen arbeiten zu Niedriglöhnen. Die Unzufriedenheit mit dem Sozialstaat wächst und soziale Schichten driften auseinander. Das ist Sprengstoff für eine Gesellschaft im Umbruch – 20 Jahre nach der deutschen Einheit. Von „blühenden Landschaften“ war damals die Rede, die innerhalb von fünf Jahren auf dem Boden der ehemaligen DDR entstehen sollten. Heute ist klar, dass der Weg zur sozialen Einheit sehr viel länger dauert und weiter andauern wird. Die Tagung „40 plus 20 gleich 60“ hielt nicht in erster Linie Rückschau auf 60 Jahre geteilte und gemeinsame deutsche Geschichte, sondern zeigte Perspektiven auf*.

Eine wechselseitige Verstärkung und gegenseitiges Vorantreiben von Demokratie und Sozialstaat sieht der Heidelberger Politikwissenschaftler und Sozialstaatsexperte Manfred G. Schmidt. Der ausgebauten Wohlfahrtsstaat mit seiner hohen Sozialleistungsquote



Sozialstaatsexperte Manfred G. Schmidt: Politik des Verteilens hat Risiken und Nebenwirkungen

kommt nach seiner Meinung der Akzeptanz und Einwurzelung der Demokratie zugute. Immerhin fließen 32 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – das sind rund 750 Milliarden Euro – in diesen Sektor. Aber diese Politik des Verteilens hat auch Risiken und Neben-

wirkungen: Da bislang zwei Volksparteien hinter der Sozialstaatskonzeption stehen, sind Anpassungen und Korrekturen schwierig. Das Wohlfahrtsstaatsklientel in der Bevölkerung hat zunehmendes Gewicht und umfasst mittlerweile 40 Prozent der Wahlberechtigten. Wer mag gegen diese Front schon gerne Wahlkampf führen? Und schließlich sieht Schmidt ein „Vernachlässigen anderer wichtiger Politikfelder wie der Bildung“.

Größere Unzufriedenheit

Paradox ist, dass, obwohl immer mehr Geld in den Sozialsektor gepumpt wird, gleichzeitig die Unzufriedenheit mit der Politik wächst: „Eine deutlich größere Unzufriedenheit gibt es bei den Betroffenen: den Einkommensschwachen, Arbeitslosen, Ost-Bürgern und der Altersgruppe 25 bis 59 Jahre“, sagte Schmidt. Das soziale Sicherheitsbedürfnis stoße wegen massiver Finanzierungsprobleme an seine Grenzen. Enttäuschungen bleiben da nicht aus. Und außerdem sieht Schmidt die Perspektiven nicht rosig: „Der demografische Druck auf die Finanzierung des Sozialstaats nimmt zu. Wegen der Überalterung der Gesellschaft gibt es immer mehr Aufgaben für die Sozial-

politik und wegen ihrer Zunahme bleibt das Wohlfahrtsstaatsklientel eine zentrale Gruppe auf dem Wählermarkt.“ Das Regieren gegen deren Interessen werde nicht einfacher.

Verunsicherung nimmt zu

Mit einer anderen Gruppe der Gesellschaft, der Mittelschicht, beschäftigte sich der Ökonom Markus Grabka vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin. Für sie diagnostiziert er Stagnation oder sogar Rückgang der Realeinkommen.



*Markus Grabka: Sinkende Chance, aus der Armut rauszukommen
Fotos: Schusser / Schröder*

Sie schrumpfte seit Mitte der 80er Jahre um vier Millionen Personen. Während zwischen 1996 und dem Jahr 2000 noch zehn Prozent der Mittelschicht in den Kreis der Wohlhabenden aufstiegen, gab es zwischen 2002 und 2006 immerhin schon 13 Prozent Absteiger in den Sektor der Armutsgefährdeten. „Und dieser Abwärtstrend nimmt zu“, sagte Grabka. Auf der anderen Seite sinkt die Chance, aus der Armut rauszukommen und in die Mitte aufzusteigen. Die Verunsicherung der Mittelschicht nimmt zu: es steigt die Zahl der Menschen „mit großen Sorgen“, während die Gruppe der „Sorgenfreien“ abnimmt. Signifikant

* In Kooperation mit dem bayerischen Landesverband der Vereinigung für politische Bildung und der Bezirksfachgruppe Oberbayern für Geschichte und Sozialkunde im Bayerischen Philologenverband

ist auch der Rückgang der klassischen Familienhaushalte mit Kindern und der Anstieg der Single-Haushalte und Alleinerziehenden. Was wiederum die demografische Entwicklung und die Zukunft des Sozialstaates tangiert.

Amerikanische Verhältnisse

Ebenfalls ist ein Anstieg der Vermögensungleichheit zu verzeichnen: Ein Viertel der Bevölkerung ist mittlerweile ohne Vermögen, während die oberen zehn Prozent der Gesellschaft 61 Prozent des gesamten Vermögens besitzen. Im Osten trifft der Verlust vor allem die mittleren Altersgruppen, während im Westen die Zuwächse durch alle Altersgruppen gehen. Am Arbeitsmarkt gibt es immer weniger Normalarbeitsverhältnisse. Der Anteil der Niedriglöhner stieg auf 21 Prozent, das sind immerhin 6,5 Millionen Beschäftigte. Deutschland ist außerdem das einzige EU-Land mit sinkenden Reallöhnen. „Wir steuern auf amerikanische Verhältnisse zu“, sagte Grabka.



Standort Deutschland

Zeichnung: Tomicek

Und bei all diesen Szenarien sind die Daten der letzten zwölf Monate seit Beginn der Weltwirtschaftskrise überhaupt noch nicht berücksichtigt.

Auch der Mainzer Soziologe Stefan Hradil konstatiert eine schrumpfende Mittelschicht. Während frühere Generationen von Soziologen die Gesellschaft der Bundesrepublik noch mit dem dicken Bauch der Zwiebel versinnbildlichten, spricht Hradil heute

lieber von der Vision der sehr schlanken Wespentaille einer Eieruhr. Größtes Problem dabei: „Auch die qualifizierte Dienstleistungsmittelschicht wächst nicht mehr.“ Ausgerechnet sie bildet aber den Kern moderner Wissensgesellschaften. Und auch in ihr wächst die Angst: Immer mehr Mitglieder dieser Schicht haben Angst um ihren Arbeitsplatz: „Im Jahr 2000 äußerten erst 15 Prozent, 2005 schon 26 Prozent der Mittelschicht ‚große Sorgen‘ um die eigene wirtschaftliche Situation. Mittlerweile haben fast so viele Angestellte mit akademischem Abschluss Angst um ihren Arbeitsplatz wie Erwerbstätige ohne Berufsabschluss.“

Wachsender Druck

Aber Hradil bezweifelt, ob diese Ängste berechtigt sind: „Die Chancen wachsen, aus der Mitte in höhere Einkommensbereiche aufzusteigen.“ Das Arbeitsplatzrisiko sei für gut Qualifizierte immer noch relativ gering. Aber auch die Abstiegsgefahr in untere Einkommensgruppen wachse. Ferner sieht der Soziologe, dass die Arbeitszeiten länger werden und die Arbeit intensiver wird: „Der Druck wächst. Das erklärt die wachsenden Ängste schon eher.“

Was den Mainzer Soziologen auch noch umtreibt: „Viele Menschen in der qualifizierten Mittelschicht halten ihre Einkommen für immer weniger gerecht.“ Und es sind weniger die Brutto- als die

Nettoeinkommen, die als ungerecht angesehen werden: „Steuern und Abgaben werden als zu hoch empfunden. Sie nerven!“

Dabei ist die objektive soziale Lage der Mittelschicht und ihre subjektive Beurteilung und Selbsteinschätzung sehr unterschiedlich. Irritationen und aggressive politische Milieus breiten sich in Teilen der Mittelschicht aus. Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung aus

dem Jahr 2007 nennt dies die „bedrohte Arbeitnehmermitte“. Extremistisches Wahlverhalten ist nicht ausgeschlossen. Das führt auch dazu, dass die Pufferfunktion der Mittelschicht gegenüber Extremen schwindet.

Trotz der genannten Beeinträchtigungen ist aber die Lage und die Befindlichkeit der Mittelschicht für Hradil



Stefan Hradil: „Aus der Zwiebel wird eine Eieruhr“

nicht das größte Problem: „Die Mittelschicht verarmt nicht. Die Folgen für die Gesellschaft insgesamt sind schlimmer.“ Und er zählt sie auf: „Aufstiege in die Mittelschicht werden schwieriger und weniger attraktiv. Sie werden deshalb auch kaum noch angestrebt. Diese Aufstiegsbarriere entsteht durch das Schrumpfen der Mittelschicht und durch für Unterschichtmitglieder schwer zu erreichende, jedoch notwendige Qualifikationen. Die Motivation schwindet. Und wegen der empfundenen Chancenungerechtigkeit schwindet der Zusammenhalt der Gesellschaft.“ Der Kitt, der die Gesellschaft einst zusammen hielt, bröseln.

Die Antwort auf die Frage „Was tun?“ bleibt Hradil nicht schuldig. Er empfiehlt Bildungspolitik als beste Sozialpolitik: „Sie verändert den Arbeitsmarkt. Mehr Bildung stärkt die Fähigkeit der Menschen, sich zu behaupten, hebt ihr Sicherheitsgefühl und vermehrt die Nachfrage nach Arbeitsplätzen in der Mittelschicht.“ ■

Michael Schröder

Weiter markante Unterschiede zwischen Ost und West

Bilanz und Perspektiven des Aufbaus Ost 20 Jahre nach dem Mauerfall

Vor mehr als zwanzig Jahren, am 9. November 1989, fiel die Mauer und der Weg zur deutschen Einheit war geöffnet. Nach der anfänglichen Euphorie erwies sich die Umgestaltung der ostdeutschen Gesellschaft und Wirtschaft weitaus schwieriger und kostenintensiver als erwartet. Den 20. Jahrestag des Mauerfalls nahm eine Tagung der Akademie in Zusammenarbeit mit dem ifo Institut Dresden zum Anlass, eine Bilanz der Deutschen Einheit zu ziehen und sie im Zusammenhang mit dem 60. Jahrestag der Gründung der Bundesrepublik Deutschland zu betrachten.

Der DDR-Bürgerrechtler und Schriftsteller Lutz Rathenow lieferte Impressionen aus der Umbruchzeit. Dabei schilderte er, wie die Protestbewegung schon in Form eines latent renitenten Verhaltens weiter Teile der Bevölkerung angelegt war. Diese Stimmung habe sich im Zuge der gefälschten Kommunalwahlen vom Mai 1989 verschärft und ihren deutlichsten Ausdruck in den berühmten Montagsdemonstrationen im Herbst 1989 gefunden. Die Erwartungen seien zunächst auf Reisefreiheit ausgerichtet gewesen, doch habe die Bewegung angesichts einer restlos überforderten DDR-Führung eine Eigendynamik gewonnen, in der eine umfassende Systemkritik und der Weg zur deutschen Einheit angelegt gewesen seien.

Fehlende industrielle Basis

Joachim Ragnitz vom Ifo-Institut Dresden bilanzierte den Aufbau Ost aus wirtschaftlicher Sicht. Gewaltige Modernisierungsanstrengungen hätten die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West deutlich vorangebracht, doch seien Einkommen und Produktivität in Ostdeutschland immer noch niedriger als in Westdeutschland. Zudem habe der Aufbau Ost gewaltige, vorher nicht absehbare Kosten verursacht, denn die jährlichen West-Ost-Transferleistungen erreichten fast vier

Prozent des westdeutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP). Während die ostdeutsche Infrastruktur weitgehend modernisiert sei, fehle es noch immer an einer ausreichenden industriellen Basis. Nicht nur wirtschaftliche, sondern



Max Kaase: mentale Gräben zwischen Ost und West

auch mentale Gräben mussten überwunden werden. Aber auch soziokulturell und politisch zeigen sich markante Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern.

Dies machte der Politik- und Sozialwissenschaftler Max Kaase mit Befragungsergebnissen deutlich. Erhebliche Differenzen bestehen in Bezug auf die Religiosität, die im Osten deutlich geringer ausgeprägt sei.

Der ehemalige Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Reinhard Höppner, komplettierte diese Bild, indem er auf die verschiedenen Flucht- und Abwanderungswellen aus Ostdeutschland hinwies.

Abwanderung und Überalterung

Im Laufe der Jahrzehnte erfolgte, so Höppner, durch Flucht und Abwanderung ein Verlust von qualifiziertem Humankapital aus Ostdeutschland.



Reinhard Höppner: durch Flucht und Abwanderung Verlust von qualifiziertem Humankapital

Dynamische und innovationsfreudige Teile der Bevölkerung seien vor und unter erschwerten Bedingungen nach dem Mauerbau aus der DDR geflohen. Dies habe tiefe Spuren in der ostdeutschen Gesellschaft hinterlassen.

Peter Gatzweiler vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung wies in seinem Referat darauf hin, dass sich nach dem Mauerfall die Abwanderung beschleunigt habe. Gleichzeitig sei eine markante Überalterung der



Bevölkerung zu beobachten mit fatalen Auswirkungen für die Infrastruktur und die lokale Wirtschaft einiger Regionen.

Anschließend wurden die Perspektiven des Aufbaus Ost diskutiert. Während Uwe Müller, der jahrelang für die Tageszeitung „Die Welt“ aus Ostdeutschland berichtete, unter Hinweis auf die gigantischen Kosten der Wiedervereinigung eine Überprüfung der Hilfen für Ostdeutschland forderte, hielten der



Jens Bullerjahn: *weiter gesonderte Wirtschaftspolitik und Förderung für die östlichen Bundesländer nötig*

Fotos: Schmidt

stellvertretende Ministerpräsident und Finanzminister von Sachsen-Anhalt, Jens Bullerjahn (SPD) sowie Joachim Ragnitz auch weiterhin eine gesonderte Wirtschaftspolitik und Förderung für die östlichen Bundesländer für nötig.

Die Analyse der Bundestagswahl von Akademiedirektor Heinrich Oberreuter zeigte auf, dass der allgemeine Trend zur Schwächung der Volksparteien in Ostdeutschland mit einer deutlich rascheren Dynamik verläuft. Unterschiedliches Wählerverhalten wird aufgrund der verschiedenen sozial-kulturellen Milieus und differierender Erfahrungshorizonte auch weiterhin ein markantes Merkmal der Unterscheidung in Ost- und Westdeutschland bleiben. ■

Wolfgang Quaißer

Gewinner und Verlierer der Arbeitsmigration

Der demographische Wandel westlicher Industriegesellschaften ist eine zentrale Herausforderung für Europa. Vielfach wird verstärkte Einwanderung gefordert, um der zunehmenden Alterung der Gesellschaft zu begegnen. „Zuwanderung kann den demographischen Wandel abschwächen, jedoch nicht stoppen“ so fasste Thomas Bauer, Vizepräsident des Rheinisch-Westfälische Instituts für Wirtschaftsforschung Essen (RWI), die wichtigsten Ergebnisse einer Akademietagung in Kooperation mit der Fachkommission Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Herder-Forschungsrats und dem Osteuropa-Institut Regensburg zusammen.

Holger Bonin vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung machte deutlich, dass die europäische Bevölkerung noch bis 2010 einen Geburtenüberschuss aufweist, doch wird etwa bis zum Jahr 2035 das Bevölkerungswachstum ausschließlich durch Nettozuwanderung erfolgen. Danach wird Europas Bevölkerung unweigerlich weniger. Hinter diesem allgemeinen europäischen Trend verbergen sich allerdings markante länderspezifische Unterschiede. Vor allem in einigen mit-

sen demografischen Trends und der Belastung der Sozialsysteme erkennbar.

Demografiefeste Sozialsysteme

Dies spiegelt die Tatsache wider, dass einige Länder Europas ihre Sozialsysteme „demografiefest“ organisieren (wie Dänemark), andere (wie Spanien) dagegen faktisch noch nichts in dieser Richtung unternommen hätten.



Zeichnung: Tomaschoff

tel- und osteuropäischen Ländern wie Bulgarien nehme die Überalterung und der Bevölkerungsrückgang dramatisch zu. Schrumpfende Bevölkerung und Überalterung werden die europäischen Sozialsysteme erheblich unter Druck setzen. Allerdings sind, so Bonin, in einem Ländervergleich keine statistischen Zusammenhänge zwischen die-

Am Beispiel Deutschlands veranschaulichte Bonin die durch den Anstieg der Lebenserwartung verursachten Belastungen der Sozialsysteme. Für die Bundesrepublik entstehe, den Prognosen zufolge, ein jährlicher fiskalischer Konsolidierungsbedarf von 4,9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP), um die Finanzierung der

Sozialsysteme stabil zu halten. Das beste Szenario errechnet aufgrund von Zuwanderung und daran gekoppelte Integration nach 12 Jahren lediglich ein Absinken des Konsolidierungsbe-



Holger Bonin: bis 2035 Bevölkerungswachstum in Europa nur durch Nettozuwanderung

darfs um lediglich 0,5 Prozent auf 4,4 Prozent des BIP. Würde allerdings die Produktivität der Erwerbsbevölkerung steigen, könnte der Bedarf auf 2,9 Prozent gesenkt werden. Die Zahlen belegten wiederum die Bedeutung von Ausbildung und Qualifizierung der Arbeitnehmer.



Ulrich Walwei: Produktivitätssteigerung kann die Lasten abschwächen
Fotos: Lohmann

Auch Ulrich Walwei, Vizedirektor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), sieht durch die Steigerung der Produktivität eine Möglichkeit zur Abschwächung der altersbedingten Lasten. Das Problem dabei sei aber, dass durch die Überalterung die

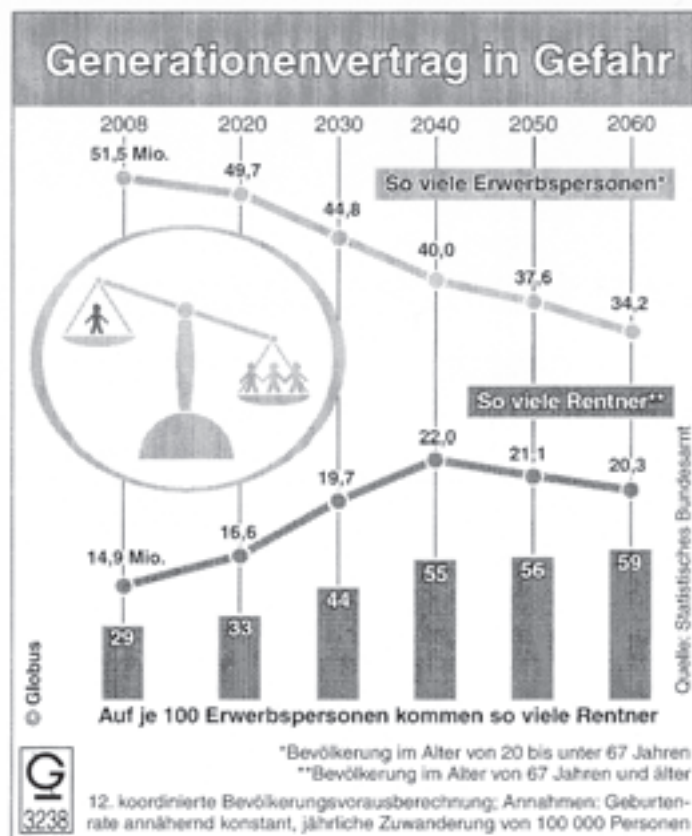
Erwerbsquote stark abnehme, was sich auch auf die Produktivität niederschläge. Längere Lebensarbeitszeiten und Migration könnten diesem Trend entgegenwirken. Schon jetzt ist eine Migrationsbewegung vor allem junger Menschen aus den östlichen Ländern Europas, wie den baltischen Staaten, Bulgarien und Rumänien zu beobachten. Sie wird zunehmen, wenn die in der EU verankerte Freizügigkeit auch für die Arbeitsplatzwahl gilt. Dies wird nach Auslaufen der Übergangsregelungen im Jahr 2011 für die neuen EU-Mitgliedsländer (außer Bulgarien und Rumänien) der Fall sein.

Martin Kahanec vom IZA (Institute for the Study of Labor) in Bonn machte deutlich, dass Deutschland für viele junge, hochqualifizierte Arbeitskräfte aus den östlichen Mitgliedsländern der EU oftmals nur für Qualifizierungsmaßnahmen (beispielsweise einem Studium) und nicht als Zielland der Migration in Frage komme. Auf Dauer böten andere EU-Länder, wie beispielsweise Irland und Großbritanni-

en, hinsichtlich der Einstiegsmöglichkeiten in den Arbeitsmarkt und der Bezahlung wesentlich bessere Bedingungen. „Deutschland ist für qualifizierte Migranten eher unattraktiv“ und die „Integrationsanstrengungen sind nicht ausreichend“ urteilte wiederum Thomas Bauer vom RWI.

Migration könne aber auch, so etliche Experten, zu einem „Brain Drain“, d.h. einem Verlust an Humankapital in dem Herkunftsland des Migranten führen, während das Zielland einen „Brain Gain“ verbuchen könne. Vielfach sei diese Perspektive zu begrenzt, denn oft wanderten Migranten in ihr Heimatland zurück und würden die im Ausland erworbenen Qualifikationen zum Nutzen der heimischen Volkswirtschaft einsetzen. Deshalb solle man in vielen Fällen eher von „Brain circulation“ sprechen, d.h. Migration könne für Heimat- und Gastland Vorteile ermöglichen. ■

Robert Lohmann/
Wolfgang Quaisser



Grafik: Globus

Glanzvolle Tradition und Aktualität

Zum 60jährigen Jubiläum des Grundgesetzes

Der 60. Geburtstag des Grundgesetzes war Anlass für die Akademie, die Wurzeln der Grundrechte und ihre Ausstrahlung auf die aktuelle Politik zu analysieren. Dabei wurde deutlich: Bei allem Wandel bleiben sie das Wertfundament der Gesellschaft.

Der Passauer Verfassungsrechtler Herbert Bethge zog eine erfreuliche Bilanz: „Man preist eine Ware, die gut ist“. Die Grundrechte seien das Herzstück unserer Verfassung, was nicht nur durch ihre Stellung gleich am Anfang deutlich wird – anders als in der Weimar Verfassung. Ob es um die Vergabe von Studienplätzen, den Steuerbescheid oder profane Dinge wie das Reiten im Wald geht: Das Grundgesetz bietet lückenlosen Grundrechtsschutz und garantiert den Wesensgehalt der Grundrechte. Der Bürger sei zwar der Staatsgewalt unterworfen, dabei aber nicht rechtlos: „Durch die Grundrechte kann er dem Staat sagen: Lass mich in Ruhe.“ Auch die Charta der Grundrechte der Europäischen Union, die mit dem Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist, sei maßgeblich unter deutschem Grundrechtseinfluss entstanden. „Die Freiheitsrechte haben nicht nur eine glanzvolle Tradition, sondern auch eine glanzvolle Aktualität, die zum Nachdenken zwingt“, resümierte Bethge.

Tradition der Paulskirche

Als Verfassungsbegriff tauchen die Grundrechte erstmals in der Paulskirchenverfassung von 1848/49 auf. Die Modernität des damaligen Grundrechtsdenkens veranschaulichte der Verfassungsrechtler und -historiker Jörg-Detlef Kühne von der Universität Hannover. Kühne zeigte die aus heutiger Sicht imponierenden verfassungsrechtlichen Antworten auf die Unzulänglichkeiten der damaligen Zeit

auf, zum Beispiel was die Pressefreiheit betraf. Die Formulierungen des Grundgesetzes über die Unverletzlichkeit der Wohnung, die Versammlungs- und auch die Wissenschaftsfreiheit etwa zeigen eine verblüffende Ähnlichkeit mit den entsprechenden Regelungen der Grundrechte von 1848/49. Die nahezu vollständige Verwirklichung der Grundrechte der Paulskirche ließ dann aber hundert Jahre auf sich warten. Die damalige Blockade der Ver-



Jörg-Detlef Kühne: Moderne Grundrechte in der Paulskirche

fassung durch Preußen und Österreich verhinderte, dass Deutschland zum modernsten Land Europas wurde. „Was für eine verschenkte Zeit, aber so ist Geschichte“, sagte Kühne.

Weitere Wurzeln der heutigen Grundrechte zeigte Konrad Hilpert, Moraltheologe an der Universität München, anhand der Menschenrechtsgeschichte auf: „Die Menschenrechte sind nicht von einem auf den anderen Tag erfunden worden, vielmehr sind sie das Produkt eines Jahrhunderts andauernden Kultur-, Denk- und Traditionszusammenhangs“, so der Theologe. Der „spezielle Kultur- und Traditionszusammenhang“ wurde intensiv und

nachhaltig von den Ideen des Christentums geprägt, führte er aus, „womöglich war es aber erst die Synthese aus Christentum, antiker Philosophie und dem Römischen Recht, die die großartige Entdeckung der Menschenrechte möglich machte“. Freilich seien die Menschenrechte kein christlicher Katalog, sondern sind wie das Grundgesetz frei von Bindung an jedwede Religion. Hilpert sieht jedoch gute Gründe, seitens der verschiedenen Religionen eine Begründung, insbesondere der axiomatischen Menschenwürde abzugeben: „Die religiöse Begründung kann im Bewusstsein halten, dass alle politische Macht begrenzt ist und dass alle Anstrengungen von Menschen nicht ausreichen, um vollkommene Gerechtigkeit auf Erden zu etablieren“.

Tägliche Präsenz

Einblicke in die heutige Praxis der Grundrechte gab Michael Stumpf vom Bayerischen Justizministerium. „Die Grundrechte sind in der täglichen Arbeit immer präsent“, berichtete er. Im Entstehungsprozess von Gesetzen müssten vielfach sorgfältige Ausbalancierungen vorgenommen werden. Als ein Beispiel, bei welchem das Ministerium

erfolgreich initiativ geworden ist, nannte er die gesetzlichen Regelungen über die Frage heimlicher Vaterschaftstests wegen vermeintlicher „Kuckuckskinder“. Hier spielen, wie Stumpf ausführte, das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung des Kindes eine Rolle, aber auch das grundrechtliche verbürgte Elternrecht des Vaters und zusätzlich das der Mutter. Gerade bei den Gesetzen die sich mit neuen Technologien auseinandersetzen, sei oftmals eine ganze Wagenladung an Grundrechten zu beachten. Den Herausforderungen des gesellschaftlichen und technologischen Wandels seien die Grundrechte dabei gewachsen. „Insbesondere das Bun-



Konrad Hilpert: „Großartige Entdeckung der Menschenrechte“

desverfassungsgericht erhält ihre Schlagkraft“, betonte Stumpf. Hinsichtlich der Formulierung neuer Grundrechte regte Stumpf an, die Einführung eines Kindergrundrechts zu bedenken. „Solch eine Änderung würde vielleicht ein neues Bewusstsein schaffen, um Straftaten gegen Kinder zu verhindern“.

Doppelter Schutz

„Es gerät oftmals in den Hintergrund, dass neben dem Bund auch alle sechzehn Länder der Bundesrepublik jeweils eine eigene Verfassung und ein eigenes Verfassungsgericht besitzen“,

sagte der Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs Karl Huber. Für die Arbeit seines Gerichts „ist nicht das Grundgesetz, sondern allein die Bayerische Verfassung maßgeblich“, sagte er. Im Gegensatz zu manch anderer Landesverfassung weist die Bayerische Verfassung einen eigenständigen Grundrechtsteil auf, wobei sich die Formulierungen partiell deutlich von denjenigen des Grundgesetzes unterscheiden. Für den Bürger ist der doppelte Grundrechtsschutz insbesondere deswegen von Bedeutung, da er nicht nur vor dem Bundesverfassungsgericht, sondern auch beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof

seine Grundrechte einklagen kann. Prozesstechnisch steht ihm dabei nicht nur die Verfassungsbeschwerde, sondern auch die Popularklage offen. Letztere ist eine bundesweit einmalige Rechtsschutzmöglichkeit. Durch sie kann der Bürger auch dann vor dem Verfassungsgerichtshof klagen, wenn er durch einen Eingriff selbst gar nicht in seinen Grundrechten verletzt ist. Da den Ländern mit der Föderalismusreform wichtige Gesetzgebungskompetenzen wie das Beamtenrecht und das Recht des Strafvollzugs vom Bund zurück übertragen wurden, stuft Huber die zukünftige Bedeutung der Popularklage noch höher ein. ■

Gero Kellermann

Auf dem Weg zu einer neuen Datenschutzkultur

Innnerhalb von wenigen Minuten lassen sich heutzutage mit neuer Technik komplette Persönlichkeitsprofile beschaffen. Wie sollen Gesellschaft und Politik damit umgehen? Der neue bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz Thomas Petri sieht dabei nicht nur rechtlichen Regelungsbedarf.

„Wer von Ihnen hat ein Handy dabei?“, fragt der neue oberste bayerische Datenschützer in die Runde. Fast alle Teilnehmer melden sich. „Selbst wenn Sie es abgeschaltet haben, ist es technisch überhaupt kein Problem, Sie zu orten.“ Petri will damit verdeutlichen: die technische Entwicklung, die wachsende geographische Mobilität und die Ausbreitung der Massenkommunikation eröffnen riesige Chancen, bedeuten aber neue Risiken für die Persönlichkeitsrechte. Zugleich sind sie Ursachen für einen Wertewandel bezüglich des Umgangs mit persönlichen Daten. „Damit muss man sich auseinandersetzen. Der Staat will diese Prozesse durch seine Datenschutzgesetze zügeln“, sagte Petri. Die Datenschutzgesetzgebung begann in den 1970er Jahren. Damals wurde



Thomas Petri über Datenschutz und Wertewandel

auch die sozialwissenschaftliche und gesellschaftspolitische Debatte über Wertewandel eröffnet. „Der Datenschutz ist eine Reaktion des Staates auf Ursachen des Wertewandels und steht mit ihm in einer Wechselbeziehung“. Veränderungen von Werthaltungen beeinflussen das Datenschutzrecht. Datenschutz und die Grundrechte geben aber auch ihrerseits Impulse für Veränderungen der Wertvorstellungen, führte der Datenschützer aus.

Gewöhnungseffekte

Natürlich wirkt sich auch die Praxis der Datenverarbeitung auf Einstellung und Verhalten aus. Petri nahm dabei Gewöhnungseffekte, die zu Auswüchsen führen können, in den Blick: „Für das Datenschutzrecht ist es ein

Graus, wenn Datenverarbeiter ihre technischen Möglichkeiten nutzen, ohne sich darüber Gedanken zu machen, ob die Datenerhebung überhaupt erforderlich ist“. Das führte dann beispielsweise zu den Datenschutzskandalen der letzten Jahre, als ein Konzern flächendeckend 240 000 Mitarbeiter kontrollierte. Dieser Aufwand wurde nur getrieben, um ein paar wenige, möglicherweise korrupte Beschäftigte aufzudecken. Gewöhnungseffekte stellen sich aber auch bei den Betroffenen ein. Mittlerweile ist gerade bei Jugendlichen die Hemmschwelle gesunken, Details über sich im Internet preiszugeben, aber auch Informationen über andere Personen in sozialen Netzwerken online zu verbreiten. „Auf die Risiken muss der Datenschützer hinweisen“, so Petri.

Diese Beispiele zeigen, dass Datenschutz ständiges Nachjustieren verlangt. Handlungsbedarf sieht Petri zurzeit besonders im Beschäftigten-datenschutz. Dabei ist es mit rechtlichen Antworten allein nicht getan. „Mindestens genauso wichtig ist die Entfaltung einer Datenschutzkultur, bei der die Gesellschaft den Gedanken des Selbstdatenschutzes und den Respekt vor der Persönlichkeit anderer Menschen fördert“. ■

Gero Kellermann

Im Zweifel für die Freiheit

Gerhart Baum über Grundrechte und ihre Bedrohung

Er war von 1978 bis 1982 Innenminister der sozialliberalen Koalition, nun wirkt er als Anwalt auf das Verfassungsleben ein: Gerhart Baum sprach über Grundrechte und das Spannungsverhältnis von Freiheit und Sicherheit.

Im vergangenen Jahr hat das Bundesverfassungsgericht ein neues Grundrecht etabliert: Das „Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme“, oder, wie es im üblichen Sprachgebrauch heißt, das „Computergrundrecht“. Anlass für dieses neue Grundrecht war die Verfassungsbeschwerde gegen das nordrhein-westfälische Gesetz über die Online-Durchsuchung.

Der frühere Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) war als einer der Beschwerdeführer maßgeblich an dieser Ausweitung und Modernisierung des Grundrechtsschutzes beteiligt. Dies war aber nur eines von mehreren, zumindest teilweise erfolgreichen Verfahren, die er angestrengt hatte. Zurzeit ist Baums Verfassungsbeschwerde über die Vorratsdatenspeicherung in Karlsruhe anhängig.

Urteilsbasis Menschenwürde

Baum schwärmte von dem umfassenden Rechtsschutz, den das Grundgesetz einräumt: „Das Grundgesetz ist eine hervorragende Verfassung, wir haben noch nie solch eine Verfassung gehabt. Sie ist nicht zahnlos, sondern einklagbar. Auf die Menschenwürde, auf der viele Urteile basieren, können wir nicht verzichten.“

Baums Vortrag war Teil der Tagung „Die Grundrechte – Interpretationen im Wandel“. Experten aus Theorie und Praxis, darunter auch Thomas Petri, der bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz, lieferten verschiedene Aspekte des Themas (dazu auch der voraus gehende Artikel).

Das Engagement für den Grundrechtsschutz ist Gerhart Baum ein wichtiges Anliegen, gerade vor dem Hintergrund der Herausforderung, die der internationale Terrorismus an den Rechtsstaat stellt.

Keine Freiheit ohne Unsicherheit

Der Rechtsanwalt warnte davor, die Balance von Freiheit und Sicherheit aus den Augen zu verlieren. „Zweck des Staates ist in Wahrheit die Frei-



Gerhart Baum: „Grundrechte sind keine Schönwettereinrichtungen“

heit“, zitierte er Spinoza. Zum Wesen des freien Menschen gehöre auch, „Unsicherheit ertragen zu können“, drückte es Baum mit Erich Fromm aus. Im Koalitionsvertrag der neuen schwarz-gelben Koalition sei in Zusammenhang mit Freiheit und Sicherheit auch vom „starken Staat“ die Rede. „Da werde ich immer vorsichtig. Der Staat ist nämlich durch uns stark. Wir sorgen dafür, dass sich das Gemeinwesen an Werten orientiert, die für uns wichtig sind“, sagte Baum. Er teile die

Auffassung, dass angesichts der Bedrohungen durch Terrorismus und Kriminalität der Staat handeln müsse. Aber: „Die Prämissen des Rechtsstaates darf man nicht aufgeben.“ Als Bundesinnenminister hatte er für die Verbrechensbekämpfung noch hohe datenschutzrechtliche Hürden aufgebaut, wofür er von Franz Josef Strauß schon einmal als „Sicherheitsrisiko“ beschimpft worden war.

Heute haben die Sicherheitsbehörden Zugriff auf Datenbestände wie nie zuvor und können, wie bei der Vorratsdatenspeicherung, ausgefeilte Bewegungsprofile auch von Unbeteiligten erstellen.

Grundrechte in Europa

Bei aller Kritik an der deutschen Gesetzgebung hob Baum die identitätsstiftende Funktion der Grundrechte hervor. „Solch einen strengen Grundrechtsbezug wie in Deutschland gibt es in kaum einem anderen europäischen Land. Damit kommen wir immer mehr in ein Spannungsverhältnis zu anderen europäischen Ländern“, sagte er. „Der notwendige Weg einer stärkeren Beachtung der Grundrechte in Europa ist noch nicht in Gang gekommen.“

Großbritannien zum Beispiel sei bereits ein „fortgeschrittener Überwachungsstaat“. Im westlichen Kampf für die Menschenrechte seien wir aber nur glaubwürdig, wenn wir überzeugend mit den Werten umgehen, die wir verteidigen wollen. „Grundrechte sind keine Schönwettereinrichtungen. Interessant wird es dann, wenn es schwierig wird“, sagte Baum. ■

Gero Kellermann

Qualität unter Druck

Die Zukunft des Journalismus im Internetzeitalter

Jens Jessen hat Träume. Der Feuilletonchef der „Zeit“ träumt davon, dass das „Gute, Wahre und Schöne“ zu Leitkategorien der Programmgestaltung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens werden. Die Realität aus seiner Sicht: Er beobachtet derzeit eine „Konkurrenz um die Dümmeren“ und eine „Verachtung der Hochkultur“. Volker Herres, Programmdirektor der ARD, hält dagegen. Er will „Das Erste“ nicht zum Spartenprogramm machen: „Nicht alles muss allen gefallen. Und die Quote ist nicht alles. Aber ohne Quote ist alles nichts.“

Gleich zur Eröffnung der Tagung* „Qualität unter Druck“ kreuzten die beiden Kontrahenten ihre verbalen Klingen. Namhafte Experten aus Medien und Wissenschaft widmeten sich der Zukunft des Qualitätsjournalismus im Internetzeitalter.

Jessen sieht das öffentlich-rechtliche Fernsehen in einer „moralischen Krise“: „Die Einschaltquote macht die Anstalten zu reinen Wirtschaftsunternehmen ohne Verantwortung. Und dafür erheben sie noch eine Zwangsgebühr.“ Überall sieht er Werbung, PR und Product Placement, Korruption und Manipulation.

Mit der Vulgarisierung und schleichen- den Entwertung des Programms habe sich das öffentlich-rechtliche Fernsehen („Von privaten Sendern erwarte ich sowieso nichts mehr“) aus der bürgerlichen Schicht zurückgezogen. Kultur gebe es nur noch als „Abseitigkeit“ in Spartenkanälen. Bei Nachrichten und Informationssendungen würden Sachprobleme immer stärker als Personalprobleme dargestellt. Damit würden sie unverständlich und erscheinen somit als unlösbar. Die Politikberichterstattung sei „durch die Personalisierung und die Unterhaltungslogik infiziert“. Längst sei das Fernsehen kein Spiegel der Gesellschaft mehr. Sein Aufruf zum Abschluss seiner geistreichen Polemik: „Heben Sie das Denkniveau. Entscheiden Sie sich zwischen Quote und Gebühr.“

Amüsiert nahm Volker Herres die Steilvorlagen auf und konterte: „Wir sind nicht zynisch und zuschauerverachtend. Wir haben ein riesiges Angebot und müssen die Zuschauer nehmen wie sie sind.“ Deshalb müsse man sie mit einer geschickten Programmierung



Jens Jessen: Vulgarisierung und Entwertung des Programms

hin zu qualitätsvollen Sendeplätzen lotsen. „Senden allein ist noch keine Kommunikation. Man muss auch empfangen werden“, sagte der ARD-Programmdirektor. Er sieht den „Bedarf nach Zusammenhalt in der Gesellschaft größer denn je“. Dabei ist für ihn ein „reichweitenstarkes Vollprogramm, das den Querschnitt der Gesellschaft abbildet“, ein wichtiges Instrument: „Wir müssen Fernsehen für alle machen.“ Das sei eine Aufgabe, die aus der Ge-

bührenpflicht herrühre. Und auch wenn es Informationsprogramme „höllisch schwer“ haben, so decke man 40 Prozent der Programmfläche des Ersten damit ab. Gerade in der Erklärung und Analyse von Zusammenhängen in einer immer komplizierter werdenden Welt zeige sich die Qualität des Programms. Sein Ziel, so Herres, sei die Relevanz durch Inhalte und Reichweite: „Wir dürfen nie-



Volker Herres: „Wir müssen Fernsehen für alle machen“

Fotos: Schmidt

manden links oder rechts liegen lassen. Die Integrationsfunktion des Rundfunks ist wichtiger denn je.“

Qualität kostet Geld

Auf ein „Wertschätzungsproblem des Journalismus“ wies der Hamburger Journalistik-Professor und frühere Medienjournalist Volker Lilienthal hin: „Das Publikum selbst ist mitverantwortlich, wenn die Qualität des Journalismus im Internet sinkt.“ Die Geiz-ist-geil-Mentalität und Gratis-Kultur habe dazu geführt, dass die Netzeitung ab Januar nicht mehr journalistisch gestaltet werde und das Online-Portal der mächtigen WAZ-Gruppe („Der Westen“) Millionende-fizite produziere. „Nur Spiegel-onli-

* In Kooperation mit der Evangelischen Akademie Tutzing



ne schreibt schwarze Zahlen“, sagte Lilienthal vor 120 Tagungsgästen, darunter die Hälfte Journalisten. Er könne den Verlegern nur Glück wünschen, bei dem Versuch, endlich bezahlte Inhalte im Netz durchzusetzen. Guter Journalismus sei nun einmal nicht gratis, sondern setze eine der teuersten Leistungen voraus, die man sich vorstellen kann. Zeit für Recherche kostet Geld. Auch wenn am Ende keine Geschichte erscheint. Mit „Ho-



Volker Lilienthal: „Mit Honorardumping und Leichtlohntruppen ist Qualität nicht zu machen“

norardumping und Leichtlohntruppen“ sei Qualität nicht zu machen. Davon gehe auch ein „Demotivations-signal“ für Journalisten aus. Gegen die Segmentierung der Gesellschaft und Schaffung von Parallelwelten helfe nur Integration, sagte Lilienthal. Das könne nur qualitätsvoller Journalismus leisten. Sonst fehle bald der Leim, der die Gesellschaft zusammenhält. Die entscheidende zivilgesellschaftliche Entwicklungsaufgabe der Zukunft sei es, wieder ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Leistung und Qualität ihren Preis haben und etwas wert sind.

Auf journalistische Qualität im Internet verweist seit 2001 ein Ableger des Grimme-Fernsehpreises, der „Grimme Online Award“. Bis zu acht Preisen in vier Kategorien werden jährlich von einer Jury für deutschsprachige journalistische Web-Angebote vergeben, sagte Vera Lisakowski, Mitarbeiterin des Grimme-Instituts. Kriterien für die



Zeichnung: Mester

Preisvergabe seien die Inhalte, Gestaltung, Nutzerfreundlichkeit, multimediale Angebote mit einem deutlichen Mehrwert sowie eine Rückkanal-Möglichkeit, damit ein Dialog mit dem Nutzer entstehen könne. Zu den Preisträgern gehören sowohl Fortsetzungen der traditionellen Medien ins Internet, umgekehrt aber auch „Web-Gewäch-

se“ wie „Ehrensif“, die es in die traditionellen Medien geschafft haben. Daneben stehen eigenständige Angebote, die im Netz entstanden sind und die es nur im Netz gibt.

Auf die Wurzel journalistischer Qualität, nämlich die Ausbildung, wies Ulrich Brenner hin, Leiter der Deut-

Linktipps:

<http://www.zeit.de/2008/08/Spitze-08>

<http://mediathek.ard.de/ard/servlet/content/2572?tagId=2645034>

<http://www.wiso.uni-hamburg.de/index.php?id=3737>

<http://www.grimme-institut.de/html/index.php?id=7>

<http://www.klartext-magazin.de/47a/>

schen Journalistenschule (DJS) in München. Trotz einer schwierigen Marktlage berichtete er von „explodierenden Bewerberzahlen“. Der Frauenanteil der Absolventen liege mittlerweile deutlich über 50 Prozent. Überkommene Berufsbilder taugten nicht mehr für die Zukunft und in einem immer kürzeren Abstand müssten Lehrpläne überarbeitet und angepasst werden.

Crossmediale Alleskönner

Angesichts einer sich rasant wandelnden Medienlandschaft werde es immer schwieriger, junge Leute fit für die nahe Zukunft zu machen: „Die Zukunftsaufgaben werden zunehmend unklar“, sagte Brenner. Sicher sei nur eines: „Crossmediales Denken ist in

„Nicht alles muss allen gefallen. Und die Quote ist nicht alles. Aber ohne Quote ist alles nichts.“

*Volker Herres,
ARD-Programmdirektor*

Zukunft unabdingbar.“ So müsse auch die Ausbildung konzipiert werden. Bedenklich sei, dass die Ansprüche der Verlage offenbar sinken. Technik und Handwerk stünden im Vordergrund. Brenner sprach sich dafür aus, die alten Qualitätsstandards wie Recherche, Glaubwürdigkeit, Wahrhaftigkeit, Genauigkeit und Ethik in der Ausbildung nicht zu vernachlässigen. Sonst würden die „eierlegenden Wollmilchsäue“ – also die multi- und crossmedialen Alleskönner – am Ende ihrer Ausbildung nur noch ihren Job machen – ohne Reflexion über Sinn, Zweck und Verantwortung ihres Berufs. Und das wäre dann das Ende von Qualität. ■

Michael Schröder

(Siehe Presseschau Seite 36)

Nachrichtenwert oder: der Wert der Nachrichten

Medienexperten über Qualitätsjournalismus

Journalismus im Netz soll denselben Ansprüchen genügen wie in den klassischen Medien. Darin sind sich Jürgen Doetz, Dirk Ippen, Mercedes Riederer und Hans-Jürgen Jakobs unter der Moderation von Sissi Pitzer einig. Doch bei der Frage nach den Kosten von Qualität driften die Strategien von öffentlich-rechtlichen und privatwirtschaftlichen Medien auseinander.

Es wirkt wie ein komischer Zufall: Während Jürgen Doetz, Präsident des Verbandes Privater Rundfunk und Telemedien (VPRT), in Tutzing darüber klagt, dass es nach wie vor keine funktionierenden Geschäftsmodelle im Internet gebe, probt der Axel Springer-

Auf dem Podium sitzen neben Jürgen Doetz noch Mercedes Riederer, Chefredakteurin des BR-Hörfunks, der Zeitungsverleger Dirk Ippen (u.a. Münch-



Jürgen Doetz: „Nachrichten werden sich nie refinanzieren“

Fotos: Schmidt

Verlag den Aufstand gegen die Gratis-Kultur im Netz. Seit Mitte Dezember stehen die Inhalte des „Hamburger Abendblatts“ nur mehr zahlungswilligen Lesern online zur Verfügung.

„Paid Content“ lautet das Stichwort, das auch in der Abschlussdiskussion der Tagung „Qualität unter Druck“ immer wieder fällt. Dabei soll es sich eigentlich um eine normative Frage drehen. Und zwar: Ist Qualitätsjournalismus der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält? Und: Verliert die Gesellschaft an Intelligenz, wenn die Qualität in den Medien sinkt?



Mercedes Riederer: „Öffentlich-rechtlicher Rundfunk muss auswählen und gewichten“

ner Merkur und tz) und Hans-Jürgen Jakobs, Chefredakteur von sueddeutsche.de, dem online-Auftritt der Süddeutschen Zeitung. Das Publikum besteht mehrheitlich aus Journalisten. Und schließlich steht in der Debatte dann doch der ökonomische Aspekt im Mittelpunkt: Wie viel darf Qualität kosten? Und: Ist Qualität im Internet weniger wert als auf gedrucktem Papier?

Hans-Jürgen Jakobs geht in die Offensive und sagt: „Wir zahlen unseren Redakteuren weniger als die Zeitung. Dafür haben wir 40 Arbeitsplätze geschaffen. Die gäbe es nicht, wenn wir nach Tarif zahlen würden.“ Auf die zweite Nachfrage durch Moderatorin und BR-Journalistin Sissi Pitzer hin räumt auch Verleger Ippen ein: Online verdienen die Redakteure seiner Zeitungsgruppe weniger. Die Vertreter des



Rundfunks indes sagen: Kein Unterschied. Alle würden gleich bezahlt.

„Ich halte fest: Die privatwirtschaftliche Presse zahlt ihre Online-Journalisten schlechter“, interpretiert Pitzer die Aussagen und bohrt weiter. „Dabei drängen Sie doch auch online auf die Einhaltung der hehren journalistischen Ideale.“



Hans-Jürgen Jakobs: „Es gibt keine Massenmedien mehr, doch es gibt nach wie vor Massenthemen“

Ippen und Jakobs werben um Verständnis. Jakobs sagt: Die Tochter des Süddeutschen Verlags sei nach wie vor ein Start-Up-Unternehmen, wenn auch in der Endphase. Das wolle man nicht kaputt machen. Ippen meint: Zwar mache seine Verlagsgruppe nach wie vor Gewinn. Doch den Niedergang des klassischen Mediums Zeitung wolle er nicht beschleunigen durch die Anpassung der Gehälter.

Zeitung als Nischenmedium?

Dabei ist es insbesondere der Verleger Ippen, der die Möglichkeiten für den Journalismus im Internet durchwegs positiv sieht, dem Medium Zeitung aber auf lange Sicht ein „Nischendasein“ bescheinigt. „Wir haben keine Krise“, hatte er wenige Minuten vorher noch gesagt. „Es findet ganz einfach ein langfristiger Systemwandel statt.“ Das Zeitalter, in dem man eine kapitalintensive Rotationsmaschine benötige, um Meinung zu verbreiten, sei vorbei. Und: „Mit Informationen verdient in Zukunft kein Mensch mehr Geld.“

Ein Satz, aus dem ProSieben-Sat.1-Chef Thomas Ebeling schon Konsequenzen erwägt. Er hatte in den vergangenen Tagen für lautstarken Protest bei Mitarbeitern und in der Politik gesorgt, nachdem er die Nachrichten als reines „Zuschussgeschäft“ bezeichnet hatte. Der Konzern prüfe daher im Moment den Ausstieg aus dem privaten Nachrichtenfernsehsender N24.

Auch der frühere Geschäftsführer von Sat.1, Jürgen Doetz, macht in Tutzing keinen Hehl aus seiner Haltung: „Nachrichten werden sich nie refinan-



Verleger Dirk Ippen bescheinigt dem Medium Zeitung auf lange Sicht ein „Nischendasein“

zieren“, stellt er nüchtern fest. Die Kritik an den Überlegungen von ProSieben-Sat.1 könne er nicht nachvollziehen. Es sei schließlich eine rein ökonomische Entscheidung, wenn sich der Konzern Gedanken mache, ob er einen Kanal, der immer wieder in der öffentlichen Kritik stehe und sich zudem nicht finanziere, weiterführen solle.

Mercedes Riederer, die früher Leiterin der Deutschen Journalistenschule war, widerspricht: Sie stelle fest, dass die Nachfrage nach Informationen sogar gestiegen sei: „Warum das Fernsehen damit kein Geld verdienen kann, leuchtet mir nicht ein.“ Die Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sieht Riederer klar in der Tradition der klassischen Gatekeeper-Funktion des Journalismus – also Informationen sichten, sortieren, auswählen.

Recherche muss sich wieder lohnen

Die Vertreter der Printmedien hingegen erkennen auch hier einen Wandel. Im Netz gelte es, aus Informationen Mehrwert zu schaffen. Jakobs sagt: „Es gibt keine Massenmedien in dem Sinne mehr, doch es gibt nach wie vor Massenthemen.“ Aufgabe eines Leitmediums sei es, diese Themen zu erkennen, zu setzen und die gesellschaftliche Debatte mit Analysen und Hintergrundberichten in Gang zu bringen. Die Stärken des Journalisten lägen in der Reflexion und in der Recherche, so Jakobs.

In einem Bereich sei der Journalist ganz klar im Vorteil gegenüber dem Blogger. Und zwar, wenn es darum gehe, ein Netz aus Informanten zu pflegen, um Zugang zu Informationen bekommen, von denen andere denken, sie sollten besser geheim bleiben. „Es wird auch in Zukunft keinen Blogger geben, der den ISAF-Bericht einsehen kann“, sagt er mit Blick auf die Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung über den von der Bundeswehr in Auftrag gegebenen Luftangriff in Afghanistan.

Eine Leistung, die es auch im Internet zu entlohnen gelte. Die Vertreter der Presse auf dem Podium liebäugeln also mit dem Modell, das der Axel Springer-Verlag gerade erprobt. In der Internetgemeinde hat der Schritt bereits

„Wenn mir als Leser und potentieller Kunde Qualitätsjournalismus geboten wird, dann zahle ich da gerne auch monatlich dafür“

eine kontroverse Debatte losgetreten: Während Stefan Niggemeier in seinem Blog das Geschäftsmodell als „verzweifelter Versuch“ und „tödlich“ bezeichnet, äußern einzelne Nutzer inzwischen grundsätzliches Verständnis: „Wenn mir als Leser und potentieller Kunde Qualitätsjournalismus geboten wird, dann zahle ich da gerne auch monatlich dafür“, schreibt einer.

Kathrin Haimerl

Freiheit und Humanität

Die Opfer der SED-Diktatur in der demokratischen Gesellschaft heute

Die Erlebnisse der Opfer der SBZ/DDR-Diktatur sowie Formen und Zielrichtung der Aufarbeitung dieser Vergangenheit standen im Mittelpunkt der Vorträge und Diskussionen einer Tagung zur jüngeren deutschen Geschichte. Referenten und Teilnehmer betonten, dass dies nicht nur ein Thema der Vergangenheit, sondern auch der Gegenwart sei.

Horst Schüler nahm die Hindernisse für die Aufarbeitung aus Sicht der Opferverbände in den Blick: Ein großes Problem sei das Ausspielen der Opfer beider deutscher Diktaturen gegeneinander, so dass die Opfer des Nationalsozialismus instrumentalisiert würden, um die des Sozialismus vergessen zu machen. Dabei wandte sich Schüler ebenso gegen jedes Aufrechnen wie gegen jede „Opferhierarchie“.

Die Irrtümer einiger westlicher Beobachter bei der Einschätzung der DDR zur Zeit ihres Bestehens sowie das allgemein mangelnde Wissen über den real existierenden Sozialismus, nicht nur bei Jugendlichen, hätten zur Folge, dass der Diktaturcharakter der DDR nicht nur in Frage gestellt, sondern sogar verneint werde. Auch kämen machttaktische Gesichtspunkte hinzu, wenn die SPD auf Koalitionen mit der Nachfolgepartei der SED setze; dies mache eine Aufarbeitung der Vergangenheit nicht opportun. Doch gehe es laut Schüler nicht allein um die Opfer der SED-Diktatur, sondern um die Verteidigung der Demokratie durch eine Auseinandersetzung mit der kommunistischen Ideologie insgesamt. Hier aber seien die Sehnsüchte nach dem Guten im Kommunismus nach wie vor stark, weshalb die Opfer als unschöne Entgleisungen gerne ausgeblendet oder allein dem Stalinismus zugeordnet würden.

Schuldumkehr

Dieser Problemdiagnose schloss sich weitgehend auch der ehemalige Bürgerrechtler und langjährige Bundestagsabgeordnete Stefan Hilsberg an. Anstatt der Opfer stünden meist die Täter im Mittelpunkt des öffentlichen

Interesses, wobei deren Taten, etwa als IM für die Stasi, größtenteils bagatellisiert würden, insbesondere bei Politikern der Linken, die gar Verständnis dafür einforderten. Wer dies nicht aufbringe, gerate dann oft selbst in die Kritik: „Was hier passiert, ist Schuldumkehr.“ Verzeihung und Versöhnung seien zwar zu erstreben, doch dürfe das nicht zu Lasten der Opfer gehen und gleichsam einseitig von ehemaligen Tätern verordnet werden. Vor diesem Hintergrund sei auch die Regierungsbeteiligung der Linkspartei in Brandenburg unter dem „Etikett der Verzeihung“ zu kritisieren. Statt solcher Verbrämung von machttaktischen Manövern seien eher mehr Klarheit, Offenheit und Aufklärung im Umgang mit dem totalitären Denken im SED-Staat von Nöten, denn dieses habe den Menschen die Möglichkeit zur Selbstbestimmung abgesprochen. Wenn man also den Wert der Freiheit als Grundlage der Demokratie verdeutlichen wolle, so komme man um die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur nicht herum.

Zeitzeugenberichte

Wie wertvoll die Schilderungen von Zeitzeugen für die Aufarbeitung totalitärer Verbrechen sind, illustrierten die Vorträge von Michael Schlosser, Horst Hennig und Werner Gumpel.

Schlosser, der mit einem selbstgebauten Flugzeug aus der DDR fliehen wollte, berichtete von den Verhören, nachdem sein Plan entdeckt worden war, von der Haft in Bautzen und von der Verfolgung durch das Regime bis lange nach seiner Ausreise in die Bundesrepublik.

Hennig, der 1950 wegen angeblicher konterrevolutionärer Aktivitäten festgenommen wurde, schilderte ausführlich die Verhörmethoden, die mit einem breiten Instrumentarium psychischer und physischer Folter arbeiteten. Die psychologischen Folgeschäden, an denen die Opfer noch nach Jahrzehnten leiden, seien nach wie vor viel zu wenig bekannt und anerkannt. So müssten die Opfer heute immer noch hart um Anerkennung kämpfen, da etwa bei Behörden ohne entsprechende Hintergrundkenntnisse über ihre Fälle entschieden werde.

Gumpel berichtete detailreich von seinen Erlebnissen im sibirischen Gefangenenlager Workuta, die durch den Doppelcharakter des Lagers geprägt waren. Neben dem Terror gegen politisch Unbequeme hatte der Gulag auch eine wirtschaftliche Funktion: „Man brauchte Sklaven“. So hätten die klimatischen, Haft- und Arbeitsbedingungen in ihrer Unmenschlichkeit die Häftlinge zu Sklaven degradiert.

Mike Schmeitzner vom Dresdner Hannah-Arendt-Institut ergänzte die Zeitzeugenberichte mit Ergebnissen aus einem gemeinsamen Forschungsprojekt mit der deutsch-russischen Historikerkommission über die Urteile der Sowjetischen Militärtribunale in der SBZ und in der frühen DDR: Sowohl in der Gesamtschau als auch in der Betrachtung von einzelnen Schicksalen wurde deutlich, dass die Gerichte als Mittel des politischen Kampfes missbraucht wurden, so dass sich unter den Verurteilten vor allem politisch Verfolgte fanden. Die Tribunale seien eng mit den Geheimdiensten verknüpft gewesen, die das meist extrem hohe Strafmaß größtenteils im vorhinein festlegten.

Auch Schmeitzner stellte für den von ihm untersuchten Bereich fest, dass die Aufarbeitung noch defizitär sei und stattdessen Verdrängung, vor allem aus politischen Opportunitätsgründen, vorherrsche.



Erinnerungsarbeit

Hans-Jürgen Grasemann, Vorsitzender des Zentralverbands Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen, wandte sich der Frage nach einer zukunftsgerichteten Erinnerungsarbeit zu. Wichtigste Herausforderung sei hierbei, gerade Jüngere für die Thematik zu sensibilisieren, wobei Zeitzeugen und authentische Gedenkstätten wie etwa das ehemalige Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen größere Wirkung entfalten könnten als abstrakte Opferzahlen. Die Demokratie müsse ein Gedächtnis haben, aber ohne kontraproduktive Penetranz. Man solle erstens wissen, was geschehen ist, dieses zweitens auch klar werten, also auch Unrecht ungeschminkt als solches benennen, drittens Mitgefühl mit den Opfern haben und viertens als Konsequenz auch positiv die Demokratie wollen. Zentral sei es, den Opfern gerecht zu werden und sensibel zu bleiben gegen jede Anfeindung der Demokratie, egal von welcher Seite.

Die kombinierte Aufarbeitung der beiden deutschen Diktaturen war Gegenstand einer Podiumsdiskussion zwischen den Referenten Schüler, Schmeitzner und Grasemann sowie

dem Vorsitzenden der Lagergemeinschaft Dachau, Max Mannheimer. Deutlich wurden hier die Fallstricke des Vergleichs, wobei vergleichen nicht gleichsetzen bedeuten könne.



Max Mannheimer: Die Opfer aller Diktaturen sollen der Jugend berichten
Fotos: Lohmann

Besonders augenfällig sei die Problematik an Orten mit „doppelter“, also nationalsozialistischer und kommunistischer Vergangenheit. Konsens herrschte darüber, dass es weder Aufrechnungen noch Opfer „zweiter Klasse“ geben dürfe. Auch sei die zentrale Front diejenige zwischen der Demo-

kratie und ihren Feinden. Mannheimer betonte hierbei zwar die wesentlichen Unterschiede zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus und die daher rührenden Probleme einer kombinierten Aufarbeitung, richtete aber gleichwohl seinen Appell an die Opfer aller Diktaturen, von ihren Erlebnissen vor allem in Schulen zu erzählen. Dies sei die beste Methode, eine Wiederholung der Geschichte zu verhindern.

Über die subtilen Methoden, mit denen das SED-Regime einen kritischen Schriftsteller unter Druck setzte und schließlich zur Ausreise zwang, berichtete aus eigener Erfahrung Reiner Kunze (siehe dazu den nachfolgenden Bericht). Dass aber manche Kreise in der Bundesrepublik mit der Ausgrenzung Kunzes nahtlos an dessen Erlebnisse in der DDR anknüpften, warf ein besonderes Licht auf die Probleme der Aufarbeitung, die schon zu Beginn der Tagung im Fokus gestanden hatten. Am Ende traf sich der Schlusspunkt von Kunzes Vortrag exakt wortgleich mit dem, was Mannheimer nur kurz zuvor als Lehre aus seinen Erfahrungen formuliert hatte: Freiheit und Humanität! ■

Stefan Köppl

Innenansichten einer Isolation

Reiner Kunze über seine Arbeit als Schriftsteller in Deutschland

Göffnete Öffnung, durchleuchteter Lichtschein: Für die Doppeldeutigkeit dieser Wortspiele, sagt Reiner Kunze, bedarf es einer Isolationserfahrung, wie er sie unter der SED-Diktatur machen musste. Der Schriftsteller sprach sowohl über seine Erfahrungen in der DDR als auch über Repressionen in der Bundesrepublik der 70er und 80er Jahre und im Deutschland nach der Wiedervereinigung.

„Wenn ich Workuta höre und von 1000 Erschießungen nach 1945 in Dresden, dann habe ich nichts zu berichten.“ Es ist der Beginn des Vortrags von Reiner Kunze und tatsächlich fängt sein Vortrag zunächst einmal mit scheinbar Belanglosem an. Er spricht über die Post, über Briefe.

Doch es sind diese belanglosen Dinge, die den Kern des Totalitären verdeutlichen. Die auch den Perfektionismus des Systems in der Bespitzelung seiner Bürger klarmachen. Briefe, die exakt einen Tag nach Verstreichen des im Brief genannten Termins zugestellt wurden. Briefe, bei denen die Hälfte

des Stempels um zwei Millimeter versetzt war, so dass das geschulte Auge erkennen konnte, dass der Brief bereits von jemanden gelesen wurde, für den er nicht bestimmt war. „Analysieren“ nannte dies die Stasi, wie Kunze später aus seinen Akten erfuhr.

Kunze stellt die „tägliche Postwirklichkeit“ in Versen dar, „einundzwanzig Variationen über das Thema ‚die Post‘“ nennt er dies. Während Kunze im Schriftlichen auf Groß- und Kleinschreibung verzichtet, so, als solle nichts vom Inhalt der Botschaft ablenken, nimmt er sich, als er seine eigenen Verse zitiert, auch als Redner zu-



rück. Er spricht leise, langsam, unaufgeregt, manchmal huscht ein Lächeln über sein Gesicht. Doch selbst wenn er von Beleidigungen und Demütigungen erzählt, zeigt seine Mimik wenig Regung. Kunze will sich dem Publikum nicht aufdrängen. „Der poetische Einfall hat seine eigene Wahrheit“, erklärt er. Der Vortrag ist es, der wirken soll, nicht der Vortragende.

**„Wenn die post
hinters fenster fährt blühn
die eisblumen gelb
Brief du
zweimillimeteröffnung
der tür zur welt du
geöffnete öffnung du
lichtschein,
durchleuchtet, du(..)“**

„Geöffnete Öffnung“, wiederholt Kunze. Und: „Lichtschein, durchleuchtet.“ Es sind beklemmende Wortspiele, die, wie Kunze sagt, „einer Isolationserfahrung bedürfen, in der die Post existentielle Bedeutung gewinnt.“ Und auch die Zweimillimeteröffnung der Tür zur Welt habe eine tiefere Bedeutung, verrät der Dichter. Dahinter stecke der Gedanke, dass der Empfänger der Post bis ins Innere des Briefumschlags überwacht werde.

Kunze tritt 1968 aus Protest gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings aus der SED aus. Im Westen veröffentlicht er die Gedichtbände „sensible wege“ und „zimmerlautstärke“. Mit diesen Veröffentlichungen bringt er das Regime zunehmend gegen sich auf. Wie ernst die Lage ist, wird Kunze aber erst klar, als er das Angebot des Ministers für Kultur der DDR ausschlägt, der ihm eine luxuriöse Wohnung in Berlin anbietet, damit Kunze die Wahl zum Mitglied der Bayerischen Akademie der Künste ablehne. Die Antwort ist eine offene Drohung: „Herr Kunze, dann kann Sie auch der Minister für Kultur nicht mehr vor einem Unfall auf der Autobahn bewahren.“

Endgültig macht er sich das SED-Regime zum Feind, als er 1976 seinen bissig-ironischen Prosaband „Die wunderbaren Jahre“ veröffentlicht. In seinem Vortrag schildert Kunze, wie er

frühzeitig von einem bevorstehenden Prozess gegen ihn erfährt. Es hätte ihm eine Strafe von bis zu zwölf Jahren Haft gedroht. 1977 schließlich beugt er sich dem Druck und reist in den Westen aus.



Reiner Kunze: doppeldeutige Gedichte über den Alltag

Er spricht auch über die Folgen für seine Familie, zum Beispiel für seine Tochter. Er erzählt, wie sie in ihrer Schule ausgegrenzt wurde, wie Eltern in Versammlungen sagten: „Wir lassen nicht zu, dass unsere Kinder durch die Tochter eines solchen Mannes verseucht werden.“

Doch die Geschichte des Grundkonflikts des schreibenden Autors, die Unterdrückung von andersartiger Meinung, endet nicht mit der Ausreise in den Westen. „Aus der DDR zu kommen und zu sagen, von dort sei kein neuer Anfang für die Menschheit zu erwarten, konnte nicht gut gehen“, sagt Kunze heute im Rückblick auf die 1970er und 1980er Jahre in der Bundesrepublik.

Immer wieder schneiden ihn Schriftstellerkollegen wegen dieser Aussage. Darüber hinaus setzt die Stasi neue Gerüchte in die Welt, um Kunzes Ansehen zusätzlich zu schädigen: etwa, dass Kunze Strauß-Intimus sei. Seine Frau, heißt es, habe von F.J. Strauss ein komplettes Labor erhalten. Tatsächlich hat sie „ihre Praxiseinrichtung zehn Jahre lang ... abbezahlt, und weder sie noch ihr Konto hatten jemals Kontakt mit Franz Josef Strauß“.

„Ich bin angekommen, auch dies ist mein Land“ – auch so eine Aussage,

mit der Kunze seine Schriftstellerkollegen verärgert. Sie weigern sich, ihm die Hand zu schütteln, oder nehmen demonstrativ an einem anderen Tisch Platz. Kunze fühlt sich in die DDR zurückversetzt.

Heute lebt Kunze zurückgezogen in Obernzell bei Passau. Die Blätter seiner Bäume sind nicht mehr welk, wie vor einigen Jahren noch, als Unbekannte sie mit Pflanzengift übergossen haben. Die letzte Morddrohung erhielt Kunze 1990, kurz nach der Fertigstellung seines Werks „Deckname Lyrik“, eine Dokumentation fast ausnahmslos aus Stasi-Aktenauszügen, sprachlich „eine Folter“.

Später sind es subtilere Versuche, die Person Kunzes und sein Werk als Schriftsteller schlecht zu reden. Er schildert den Fall einer polnischen Studentin, die 1997 ihre Abschlussarbeit über die Kulturpolitik der SED an seinem Beispiel anfertigen wollte, dafür ein Stipendium erhielt und nach Deutschland reiste. Eine Pädagogin an der TU Chemnitz drohte daraufhin, ihr das Stipendium zu entziehen, wenn sie das Thema nicht am Beispiel eines „geschätzteren Autors“ behandeln wolle.

„Schriftsteller sein in Deutschland. Der Grundkonflikt und seine Folgen“ – das ist der Titel von Kunzes Vortrag. Gemeint ist der Konflikt zwischen dem Autor und dem repressiven Gesellschaftssystem, das nicht akzeptieren kann, „dass der poetische Einfall seine eigene Wahrheit hat“.

Jede Szene bewusst gewählt

Als am Ende ein Zuhörer fordert: „Bitte veröffentlichen“, winkt Kunze ab. Zu lang, sagt er, sei der Vortrag. Und für Kürzungen nicht geeignet. Denn Kunze hat jede einzelne Szene bewusst gewählt. Sie alle sollen am Ende dazu dienen, die Grundaussage zu stützen, die er ganz zum Schluss nennt: „Möge uns die Freiheit erhalten bleiben.“ Pause. „Und in der Freiheit die Humanität.“ Es ist der Höhepunkt seines Vortrags und gleichzeitig der Schluss. Kunze verbeugt sich kurz und tritt vom Rednerpult ab. Es sind die Worte, die wirken sollen. Nicht seine Person. ■

Kathrin Haimerl

„Ach, Obrigkeit und ... Stauffenbach“

Gedenkfeiern der Akademie zum 20. Juli 1944

Beschämende Erfahrungen mit grober Unkenntnis des Nationalsozialismus hatten Akademiedirektor Felix Messerschmid im Jahre 1960 bewogen, eine gemeinsame Gedenkstunde mit Münchens Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel zum 20. Juli 1944 im Alten Münchner Rathaus zu veranstalten. Sie bildete den Auftakt einer insgesamt 10-jährigen Veranstaltungstradition. Bereits ein Jahr zuvor hatte Wolfgang Schier, Landesgerichtsdirektor aus München, bei einer Gedenkfeier der Akademie zum 20. Juli über „Das Recht zum Widerstand“ gesprochen.

Oft berichtete Messerschmid von den niederschmetternden Antworten angehender Stipendiaten im Rahmen von Auswahlgesprächen für die Deutsche Studienstiftung. Auf seine Frage, was es mit dem 20. Juli 1944 auf sich gehabt habe, hatte ihm beispielsweise ein Student geantwortet: „Ach, Obrigkeit und so...“, und auf weiteres Nachbohren hin schließlich den Namen „Stauffenbach“ genannt. Für Messerschmid Anlass zu der besorgten Frage, was denn aus jungen Menschen werden solle, die eine derartige historisch-politische Ahnungslosigkeit erkennen lassen. Und auf das Ganze bezogen – immerhin in der angespannten Situation der späten 1950er Jahre (Kalter Krieg, bipolare Welt, Wettstreit der Ideologien und Systeme, die Kuba-Krise am Horizont): „Können solche Menschen überhaupt noch verstehen, worum es heute geht, können sie verstehen, dass in der latenten Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Totalitarismus der Einsatz für die Freiheit notfalls den Einsatz des Lebens erfordert?“ Auch stieß er sich an der Art des Umgangs mit dem Nationalsozialismus und der unzureichenden „Vergangenheitsbewältigung“.

Mit aller Kraft gelte es, so Messerschmids Credo, dem „politischen Analphabetismus“ zu begegnen und mittels verstärkter politisch-bildnerischer Anstrengungen auf ein gefestigtes

demokratisches Bewusstsein der Bürger wie den Verantwortungswillen des Einzelnen hinzuwirken.

In seiner Einleitung zur Gedenkveranstaltung am 19. Juli 1960 wies Hans-Jochen Vogel auf die Zweckmäßigkeit eines Kontakts mit der Tutzingener Akademie hin und betonte, dass er „die Stadt nicht nur als Steuereinnahmer, Straßenbauer und Stromlieferant, sondern als eine bürgerliche, geistige und damit auch kulturelle Gemeinschaft“ verstanden wissen wolle.



*Romano Guardini
Foto: G. Jung*

Guardini über die Freiheit

Eingerahmt durch Lesungen schriftlicher Äußerungen der Männer des 20. Juli sprach der Münchner Religionsphilosoph und Gründungskurator der Akademie Romano Guardini über die „Freiheit“. Guardinis Ausführungen trugen einen eher pessimistischen Grundtenor: Seiner Ein-

schätzung nach stand nämlich die Freiheit bei seinen Zeitgenossen nicht sehr hoch im Kurs. „Es besteht dringender Anlass zum Zweifel“, so Guardini, „ob der heutige Mensch denn wirklich frei sein wolle. Ob er unter Freiheit mehr verstehe, als die Möglichkeit, ungehindert seinen Geschäften nachzugehen und sein Vergnügen zu haben.“ Nicht die Diktatoren, nicht die totalitären Systeme seien es, die heute menschliche

Freiheit angreifen und bedrohen; die maßgebliche Gefährdung liege im Innern, und äußere sich sowohl in einem Erlahmen des Willens, frei zu sein, wie auch in einem Verfall der Werte, zu deren Verwirklichung Freiheit unverzichtbar ist. Guardini mahnte, wenn politische Apathie und Trägheit oder rücksichtsloser Individualismus und Egoismus die Oberhand gewannen, geriete eine Freiheit, die innerlich bereits aufgegeben wurde, in große Gefahr, auch de facto beseitigt zu werden.

Auch in den Folgejahren wurde mit Gedenkfeiern an den 20. Juli erinnert. 1961 sprach Waldemar Besson, Ordinarius für Politikwissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg, zum Thema „Verräter oder Patrioten?“, im Jahre 1962 Senator Ludwig Linsert und Hans Fritzsche. Fritzsche war persönlicher Referent des damaligen Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier, der Mitglied des Kreisauer Kreises war und am 20. Juli 1944 verhaftet wurde. Linsert und Fritzsche referierten zum Thema „Geist der Freiheit – Ungeist der Gewalt“.

Mit deutlich erweitertem Veranstalterkreis (Stadt München, Ludwig-Maximilians-Universität, Technische Hochschule, Standort-Kommandantur München, Bayerischer Jugendring) fand die Gedenkveranstaltung von 1965 im Herkulesaal der Münchner Residenz statt. Die Feier stand unter dem Thema „Widerstand und Résistance. Erbe und Auftrag an Europa.“ Die Gedenkansprachen wurden gehalten von Karl-Dietrich Erdmann und Félix Lusset (Paris).

Zur 25. Wiederkehr des 20. Juli 1944 wurde die inzwischen zehnjährige Tradition einer Abendveranstaltung in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in München fortgeführt. Es sprachen Brigadegeneral Achim Oster (Rom), der Sohn des von den Nazis ermordeten Verschwörers Hans Oster, und der Historiker Karl Dietrich Bracher (Bonn). ■

Steffen H. Elsner

Krise, Grenzen und die Funktion des Staates

Kann man von einer Renaissance des Staates sprechen? Oder können nur Tote wiedergeboren werden? Dass nicht von einer Renaissance, wohl aber von einem Wandel gesprochen werden kann, war Tenor der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft – denn der Staat war nie weg.

Hans-Peter Schwarz sprach von einer „Relativitätstheorie des Staates“: Art, Umfang und Gestalt des Staates und seiner Kompetenzen veränderten sich ständig in Raum und Zeit, so dass die ständige Neujustierung der Normalfall sei. Auf dem Gebiet der inneren Sicherheit etwa habe die Gefahrenabwehr immer weit oben auf der Agenda gestanden, so dass es überzogen sei, wegen der neuerlichen Antiterrormaßnahmen von einer Renaissance des Staates zu sprechen. Echte Notfälle sah Schwarz nur im ökonomischen Bereich, wie zum Beispiel in der Ölkrise. Die aktuelle Bankenkrise habe weniger zu einem echten Paradigmenwechsel, sondern vielmehr zu einer Wiederentdeckung klassischer Staatsaufgaben geführt, die über Jahre hinweg sträflich vernachlässigt wurden. Die punktuellen Eingriffe in das Bankensystem zur Verhinderung des Schlimmsten seien jedenfalls nicht gleich ein Indiz für die Rückkehr des Etatismus; auch die Chancen einer effektiven Regulierung der globalen Finanzmärkte schätzte Schwarz gering ein.

„Wer eine Renaissance erleben will, muss zuvor tot gewesen sein“ stellte anschließend Josef Isensee fest. Zwar sei in der Vergangenheit schon oft ein Staat dem Untergang geweiht oder totgesagt gewesen, doch hätte sich dies immer als verfrüht herausgestellt. Deutlich werde dies unter anderem am Beispiel des Kommunismus, der eigentlich das Absterben des Staates

predige. Doch sei aus diesem bisher immer ein totalitärer Staat hervorgegangen. Ein Untergang des Staates sei hier also nicht ersichtlich – und somit auch keine Möglichkeit der Renaissance. Dennoch diagnostiziert Isensee eine Veränderung des Staates durch die zunehmende Internationalisierung



Josef Isensee: Veränderung des Staates durch zunehmende Internationalisierung staatlichen Handelns

staatlichen Handelns; diese mache den Staat zwar nicht überflüssig, zwingen ihn aber in ein strengeres supranationales Rahmenwerk wie etwa die EU.

Jörn Ipsen beschrieb das Potenzial des Staates genau andersherum. So ist für ihn eine internationale Organisation wie die EU durch den nationalen Staat beschränkt, nicht umgekehrt. Gründe hierfür seien die komplexen Binnenstrukturen von Staaten und vor allem dessen Handlungslegitimation vor nationalen Rechten. So werde oftmals internationales Handeln durch nationale Rechtsprechungen beeinflusst, wie etwa im Urteil zum Lissabon-Vertrag.

Den Wandel des Staates nahm Arthur Benz in den Blick und identifizierte drei große Entwicklungen: Erstens führe die Globalisierung dazu, dass die Gebietshoheit immer mehr zur Fiktion und die Kooperation zwischen Staaten immer wichtiger werde. Zweitens verschoben sich auf Seiten der Bürger Loyalitäten und Definitionen von Zugehörigkeit, so dass kulturelle und territoriale Aspekte betont würden, etwa im Wahlverhalten oder in weithin zu beobachtenden Prozessen der Regionalisierung. Drittens verändere sich das Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Akteuren dadurch, dass

formal in der Kompetenz des Staates liegende Zuständigkeiten zunehmend in öffentlich-privaten Kooperationen ausgeübt würden. Diese Wandlungsprozesse seien, obwohl meist absichtsvoll in die Wege geleitet, kaum reversibel, so dass sich ein immer mehr verflochtenes multinationales Mehrebenensystem entwickle. Die spannende und noch offene Frage sei dabei, wie die demokratische Willensbildung dem angepasst werden könne.

Als Quintessenz der Tagung kann also festgehalten werden, dass von einer „Renaissance“ des Staates nicht zu sprechen ist: Bei näherem Hinsehen ist weder die Schwächung eines vorher starken Staates noch dessen neuerliches Erstarken zu erkennen. Das Leitmotiv mit Bezug auf die aktuelle Wirtschaftskrise war vielmehr „Staatsversagen“: Der Staat war nicht zu schwach, hat aber seine Aufgaben nicht oder defizitär erfüllt und damit die Krise erst ermöglicht. ■

Stefan Köppl / Robert Lohmann

Stefan Köppl / Robert Lohmann

Machiavelli – die Geburt des modernen Staates

Den einen war er ein „Lehrer des Bösen“, andere feierten ihn als den „Galilei der Politik“. Gemeint ist Niccolò Machiavelli, der Politiker, Geschichtsschreiber, Literat und Diplomat der italienischen Renaissance, der viele bedeutende Diskurse des westlichen Denkens prägte. Ob des Immoralismus oder zumindest des Amoralismus bezichtigt oder als Begründer einer neuen alternativen Moral bezeichnet – die Meinungen über das politische Denken des Florentiners waren stets kontrovers. Der Machiavelli-Tagung in Kooperation mit Manuel Knoll und Stefano Saracino von der Universität München, lag die Idee zu Grunde, diese verschiedenen Ansichten vor dem Hintergrund des modernen Staatsbegriffs zu diskutieren.

Im Mittelpunkt des ersten Teils stand Machiavellis Denken im Kontext des sich wandelnden Weltbildes zu Beginn der Neuzeit. Eckhard Kessler, ein bedeutender Gelehrter für die Philosophie der Renaissance, sprach in seinem Referat über Machiavellis Verhältnis zur Moral. Dabei betrachtete er den Humanismus, der in Machiavellis Umfeld die moralphilosophische Diskussion dominierte. Kessler zeigte am Beispiel der von Petrarca entwickelten humanistischen Ethik, dass Machiavellis *Il Principe*, verstanden als Aufruf, Italien zu befreien, mit den Maßstäben humanistischer Moral durchaus vereinbar war. Im Vortrag von Frauke Höntzsch ging es um die normative Qualität der Alleinherrschaft bei Machiavelli. Sie präsentierte Machiavellis Fürsten am Scheideweg und zeigte auf, dass der neue Fürst nicht notwendigerweise ein Tyrann sein müsse.

Im zweiten Teil ging es um Methode, Stil und die literarische Kunstfertigkeit von Machiavellis Schriften. Oft wird Machiavellis Werk auf „den Fürsten“ reduziert – ein Umstand, der weder zum angemessenen Verständnis seines Werkes beiträgt, noch dem Literaten Machiavelli gerecht wird. Der Romanist Dirk Hoeges gab zu bedenken, dass die verschiedenen Schriften Machiavellis zwar eigenständig seien; um Machiavelli aber wirklich verstehen zu können, sei es notwendig, sie im Lichte des Gesamtwerkes zu betrachten. So dürfe der *Principe* keinesfalls als Handbuch verwendet werden, sondern sei

unbedingt als Werk zu lesen, das zwischen Poesie und Kunstprosa eingebettet sei.

Manuel Knoll sprach über Wissenschaft und Methode bei Machiavelli. Darüber, ob Machiavelli nun der Be-



Manuel Knoll (l.) und Stefano Saracino waren Kooperationspartner der Machiavelli-Tagung

Foto: Reese

gründer einer neuen Politikwissenschaft gewesen ist oder nicht, sei man sich in der Machiavelli-Forschung uneins. Knoll stellte die These auf, dass Machiavellis Lehre als praktische Wissenschaft, aufbauend auf die empirische politische Wissenschaft des Aristoteles, verstanden werden könne. Auch wenn der florentinische Denker nicht als der „Galilei der Politik“ bezeichnet werden könne, greife seine Denkweise doch bereits der analytisch-synthetischen Methode von Galilei und Hobbes vor.

Peter Kainz brachte Machiavellis zyklische Geschichtsphilosophie und die Bedeutung des republikanischen Weltmachtstrebens zur Sprache.

Der dritte Teil der Tagung war der Wirkung Machiavellis in zeitgenössischen staatstheoretischen und philosophischen Diskursen gewidmet.

Vordenker des Pluralismus?

Einem Überblick über die dämonologische Lesart Machiavellis (vor allem Ritter und Sternberger), die Dirk Lüddecke präsentierte, folgten Überlegungen über die Wirkungen seines agonalen Politikverständnisses im zeitgenössischen Republikanismus und Liberalismus. Stefano Saracino kam dabei unter anderem zu dem kritischen Schluss, dass die liberalistische Deutung, wonach Machiavelli als Vordenker des Pluralismus gelten könne, einer Überinterpretation von Machiavellis Werk unterliege.

Pier Paolo Portinaro, Mitglied der Akademie der Wissenschaften zu Turin, sprach in seinem Vortrag über Reiche, Imperien und Imperialismus bei Machiavelli und über die Rolle, die der Florentiner in der aktuellen Imperien-Debatte (Hardt/Negri, Münkler) einnimmt. Seine These war, dass die tatsächliche Relevanz imperialer Politik in Machiavellis Werk

nicht sonderlich hoch zu veranschlagen sei. Christopher Daase stellte Machiavelli als ersten wichtigen Realisten vor und ging auf die Rolle seines Denkens in den heutigen internationalen Beziehungen ein. Zum Abschluss sprach Pravu Mazumdar über die Präsenz Machiavellis in Foucaults Genealogie der Regierungskunst.

Wie man Machiavelli nun auch lesen mag, eines machte die Tagung deutlich: Machiavellis Denken auf das sich wacker haltende Klischee des Machiavellismus zu reduzieren, wird dem Werk und Schaffen des großen Florentiners keinesfalls gerecht. ■

Nadine Reese

Wirtschaftlicher Abstieg und öffentliche Unsicherheit

Die massiven Probleme Lateinamerikas dürfen nicht vergessen werden

„Sicherheit ist Handelsware, nicht öffentliches Gut“. Diese Aussage war für die Tagung „Lateinamerika – der vergessene Kontinent“* bezeichnend. Sie war der Auftakt zu Wolf Grabendorffs Vortrag über Öffentliche Unsicherheit in Lateinamerika.

In vielen Ländern existiert nur ein sehr reduziertes Gewaltmonopol und ein fehlender Rechtsstaat kann öffentliche Sicherheit nicht garantieren, so Grabendorff.

Eines der zentralen Probleme ist, dass es kaum länderübergreifende Initiativen des Zusammenhaltes gebe. Fortschritt in lateinamerikanischen Ländern muss daran gemessen werden, inwieweit sich Transformationsprozesse durchsetzen. Lateinamerikanische Länder dürfen nicht mit der Stabilität westlicher Demokratien verglichen werden.

Ein wesentlicher Bestandteil solcher Transformationsprozesse rührt aus dem starken innenpolitischen Sicherheitsbedürfnis lateinamerikanischer Länder. „Das Militär wird noch immer als letzte Instanz angesehen, dass der Staat funktioniert, was sehr in den Köpfen der Menschen – vor allem der Eliten – verankert ist“, so Grabendorff. Gewalt wird als legitimes Mittel angesehen – auch zum Erzwingen von Wahlerfolgen.

Manfred Mols von der Universität Mainz, einer der bekanntesten Lateinamerikaexperten, stellte Aspekte von Globalisierung und Dependenz in den Mittelpunkt seines Vortrags. Vor allem die Beziehung Lateinamerikas zu den „Vereinigten Staaten von (Nord-)Amerika“ wurde hierbei als ein gewichtiger Faktor für die lateinamerikanischen Probleme, wie etwa der Mangel an innerstaatlicher Sicherheit, dargestellt. Ein Beispiel ist die Abhängigkeit auf dem Energiesektor und von der US-

amerikanischen Güterindustrie. Teilweise sei sogar ein „dialoghafter Imperialismus“ seitens der USA festzustellen, was dazu beitragen würde, eine kontinentale Einheit zu behindern. Auch der merkbare Linksruck mancher lateinamerikanischer Staaten sei eine Reaktion auf die Dependenz zu den USA.



Die Armenviertel (Favelas) prägen häufig das Bild von Lateinamerika in der Öffentlichkeit
Foto: learn-line.nrw

Trotz dieser eher pessimistischen Sichtweise wurde deutlich, dass in den lateinamerikanischen Ländern ein großes Potential steckt. So gehen viele Großstädte recht erfolgreich mit einem teilweise massiven Bevölkerungswachstum um.

Jonas Wolff von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) diskutierte den Demokratisierungsstand anhand verschiedener Bewertungskataloge, wie etwa dem Bertelsmann Transformations-Index (BTI).

Defekte Demokratien

Folgende Kategorien können herangezogen werden: unabhängige Justiz, bürgerliche Freiheitsrechte, politische Partizipation, stabile demokratische Institutionen, politische und soziale

Integration und der Demokratiestatus. Zufriedenstellend sind hier nur Uruguay, Costa Rica, Chile und Jamaika. Alle anderen gelten als „defekte Demokratien“ (insbesondere Peru, Honduras, Bolivien, Kolumbien, Ecuador, Nicaragua, Haiti und Venezuela) oder als autoritäre Regimes (Kuba). Probleme werden verstärkt durch diffuse Interessen der verschiedenen Wirt-

* in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

schafts- und Medienkomplexe. Die Politik richtet sich oft nach den Netzwerken der Eliten in Wirtschaft, Lobbygruppen und den Militärs. Die Polarisierung und die Umverteilung bergen die Gefahr der Eskalation von Konflikten. Organisierte Kriminalität und ein Mangel an strukturellen Reformen verschärfen die Probleme. Dennoch, so Wolff, funktioniere Demokratie in Lateinamerika trotzdem: „Denn es gibt Entscheidungen, Diskussionen und Alternativen.“

Hartmut Sangmeister von der Universität Heidelberg zeichnete wiederum ein eher pessimistisches Bild der ökonomischen Lage: Lateinamerika hat an weltwirtschaftlicher Bedeutung verloren. So hat sich der Anteil Lateinamerikas an der globalen Wertschöpfung von 7,4 Prozent im Jahr 1980 verringert auf 6,4 Prozent in 2007. Im selben Zeitraum stieg Chinas Beitrag von einem auf über sechs Prozent. Auch Lateinamerikas Anteil am Welt-handel hat sich halbiert.

Gelingt es nicht, die Ergebnisse wirtschaftlichen Wachstums besser zu verteilen, wird Lateinamerika im Jahr 2015 immer noch über 70 Millionen Menschen in Armut haben. Entsprechend groß sind die Hoffnungen, die sich an nationalistisch-linkspopulistische Regierungen richten. Die globale Finanzkrise haben viele lateinamerikanische Länder allerdings relativ gut überstanden.

Guter Ausbildungsstand

Positiv zu bewerten ist für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der relativ gute Ausbildungsstand. Gerade die größeren Volkswirtschaften verfügen über Fachexperten – die allerdings nicht immer ausreichend Englisch sprechen. Humankapital, Innovationskapital und Sozialkapital sind folglich die entscheidenden Faktoren für Entwicklung in Lateinamerika. Zu den wirtschaftlichen Zukunftsoptionen gehören ressourcenbasierte Wachstums-

strategien, aktive Weltmarktintegration und die Intensivierung der regionalen Integration.

Die Arbeitsgruppe „Jugendbanden in Lateinamerika“ unter der Leitung von Peter Peetz (GIGA Institut für Lateinamerikastudien Hamburg) befasste sich insbesondere mit Honduras, Nicaragua und El Salvador. Jugendkriminalität stellt hier ein bedeutendes Problem der inneren Sicherheit des Landes dar.

Die Banden („Maras“) bieten ihren Mitgliedern vor allem ein soziales Netzwerk. Das reduziert Austrittschancen für Mitglieder und Bekämpfungserfolge für Behörden. Die Maras erfreuen sich großer Attraktivität unter den Jugendlichen und stellen somit nicht nur eine Bedrohung der inneren Sicherheit, sondern auch ein starkes soziales Problem dar. ■

Saskia Hieber / Robert Lohmann

Verwüstung – Hunger – Drogen

Dramatische Situation der Entwicklungsregionen

Afrika spielt keine Rolle im Welthandel: Nur 7,2 Prozent der europäischen Importe kommen aus Afrika (hauptsächlich Erdöl und Agrarprodukte). Umgekehrt sind europäische Exporte nach Afrika mit 3,6 Prozent auch sehr gering.

Franciso Mari vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) sprach auf der Tagung „Probleme der Entwicklungsregionen“ über internationalen Agrarhandel und reihte dramatische Probleme aneinander: Billiglebensmittel (Gemüse, Milch, Fleischteile, Fisch) aus Europa und die europäischen Direktsubventionen für eigene Hersteller (Tomatenmark etwa wird mit 50 Prozent subventioniert) gefährden die kleinbäuerliche Produktion in Afrika.

Gegen neoliberale Handelsregeln, Großkonzerne und Massenproduktion können sich afrikanische Produzenten nicht behaupten. In der Entwicklungs-

zusammenarbeit sind strukturelle Änderungen notwendig. Auch das Verhalten der Bevölkerung spielt eine Rolle: Die erstaunlich hohen Getreide- und Mehllieferungen erklären sich nur durch koloniale Essgewohnheiten: Afrikaner essen Toast oder Baguette! Ein anderes Phänomen ist, dass eine wachsende Mittelschicht zu steigendem Konsum an Fleisch und Milchprodukten führt. Seit 2000 hat sich der Fleischexport vervierfacht. Zur Lösung der Probleme von afrikanischen Bauern kann nur eine wachsende Zivilgesellschaft und juristische Sicherheit in Entwicklungsregionen beitragen. Dazu müsse der Schutz vor Dumpingpreisen und ein Exportverzicht westlicher, industrieller Hersteller kommen.

Die Bewohner der Sahel-Zone haben keine Ausweichmöglichkeiten, denn der Rest ihres Staates ist Wüste! Im Sahelgebiet gibt es höchstens in drei

oder vier Monaten Regenfälle. Vieh und Erdnüsse gehören zu den wenigen exportierten Agrarprodukten.

Wüstenbildung und Abholzung

Die Dürreperiode begann laut Dieter Anhof von der Universität Passau in den 1970er Jahren, wobei die Rolle des Menschen bei der Verlängerung der Trockenphase erheblich ist. Missmanagement des Ökosystems, Umweltverschmutzung und eine relativ hohe Bevölkerungsdichte sind schädigende Faktoren. Auch wird nach jeder Ernte mehr Ackerboden ausgeblasen, der sich danach woanders anlagert – es kommt zur Wüstenbildung. Auch die Wassertemperatur des Atlantiks hat Einfluss auf die Ausbreitung von Wüsten.

Ganz andere Probleme existieren im Regenwald Amazoniens durch eine



jährliche Abholzung etwa von der Größe Hessens, so Anhuf. Die Hauptschuldigen sind hier die Holzindustrie, Viehzüchter und agro-industrielle Großbetriebe zum Beispiel aus der Sojaindustrie. Die Zerstörung des Regenwalds geht von den Rändern, von den Straßen, aus. Die Folge: Seit Beginn der Industrialisierung hat sich der CO₂-Gehalt in der Luft um ein Drittel erhöht. In Brasilien gründen 70 Prozent der CO₂-Emissionen nicht etwa auf der Stadtentwicklung, sondern auf der Zerstörung des Regenwalds. Die nur durch Rodung freigesetzten CO₂-Emissionen entsprechen dem Jahresausstoß Chinas und Amerikas. Die Kosten der Waldvernichtung sind enorm*.



*Die Zerstörung des tropischen Regenwalds geht von den Straßen aus
Foto: Nunki*

Anhuf wurde sehr deutlich: Zumindest Teile der Regenwälder müssen erhalten werden – denn sie speichern viel mehr Kohlenstoff als „normale“ Wälder. Außerdem versorgen die Tropenwälder die umliegenden Regionen mit Trinkwasser. „Wenn die Regenwälder verschwunden sind, ist der Kampf um den Klimawandel verloren“, sagte der Passauer Geograph.

Drogen-Drehscheibe

Lateinamerikas Drogenökonomie ist ein notorisches Problem – zunehmend für Europa. Daniel Brombacher von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin beschrieb, dass nach

Angaben der UN-Drogenbehörde jährlich 250 Tonnen nach Europa geschmuggelt werden, 20 Tonnen davon allein nach Deutschland. Hier wurde 2008 davon lediglich eine Tonne sichergestellt. Sie hatte am illegalen Markt einen Verkaufswert von 80 Millionen Euro. Von der Gesamtproduktion des Andenraums im Jahr 2008 von

850 Tonnen reinsten Kokains gingen 400 bis 700 Tonnen in die USA. Westafrika hat sich auch zur Drehscheibe beim Drogenhandel nach Europa entwickelt, weil die Erlöse aus dem Kokainhandel etwa weit über Entwicklungshilfeleistungen und ausländischen Investitionen liegen. 95 Prozent des weltweiten Koka-Anbaus liegen in Kolumbien und Peru. Die Ursachen des Drogenanbaus liegen in Armut, dem Mangel an Infrastruktur, schwacher Staatlichkeit und Gewaltökonomie; aber auch an der Tatsache, dass illegale Wertschöpfung in diesen Re-

gionen kaum sanktioniert ist. Escobar galt als Held, als „Robin Hood“. Hinzu kommen eine gewisse traditionelle Verwendung von Kleinstmengen in Peru und Bolivien und die „komparativen Vorteile“ des Produkts Kokain in Bezug auf Preis, Haltbarkeit und Weltmarkt – dagegen kommt keine Erdbeere an. Ein großes Problem für Lateinamerika ist, dass der Kokainkonsum in den Transitländern, etwa in Venezuela, Brasilien und in Zentralamerika stark steigt. Brasilien ist das Sprungbrett nach Westafrika – der Direkttransport nach Europa war zwischenzeitlich zu gefährlich geworden. Die Struktur im Kokainhandel ist weniger ein hierarchisches Kartell als eine horizontale Kette, die viel Flexibilität bietet. Getrennte Organisationen übernehmen Anbau, Produktion, Transport, Handel und Straßenverkauf. Das treibt zwar den Preis, erhöht aber die Sicherheit. Auch Technik spielt eine Rolle: Transportiert wird Kokain inzwischen sogar in U-Booten.

Die wirksamste Bekämpfung ist Intervention: auf den Transporten zwischen Westafrika und Europa und in Europa (erst hier entstehen auch die großen Gewinnspannen) und durch Kontrolle der Nachfrage (Strafverfolgung, Therapie, Beratung). Anbauerstörung ist nicht sinnvoll, so Brombacher: Die USA haben hier etwa sechs Milliarden US-Dollar ausgegeben – die Produzenten haben einfach die Anbauflächen verlagert.

Brombachers Fazit zu Entwicklungsproblemen allerdings ist deutlich: Nicht Drogenanbau und -handel behindern Entwicklung, sondern die aus Illegalität resultierende Gewalt und Korruption. ■

Saskia Hieber

Wüstenforscher Michael Martin in der Akademie

Der audiovisuelle Höhepunkt der Tagung war der Lichtbildervortrag „Wüsten der Erde – 30 Jahre Abenteuer“ den der Geograph, Wüstenforscher und Fotograf Michael Martin noch vor dem offiziellen Tourneestart an der Akademie hielt. Wer das Ereignis versäumt hat, kann sich auf der Internetseite von Michael Martin über die aktuellen Vortragstermine informieren: <http://www.michael-martin.de>

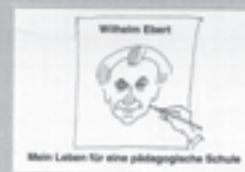
*Linktipp: „Stern Review on the Economics of Climate Change“: http://www.hm-treasury.gov.uk/stern_review_report.htm

Wilhelm Ebert

Mein Leben für eine pädagogische Schule

Im Spannungsfeld von Wissenschaft, Weltanschauung und Politik
Bad Heilbrunn 2009, Julius Klinkhardt Verlag, Band 1/2, 576 S.
ISBN 978-3-7815-1684-7

Wilhelm Ebert, Gründungskurator unserer Akademie, führt in seinen Lebenserinnerungen den Leser durch ein halbes Jahrhundert bildungspolitischer Entwicklungen mit seinen Höhen und Tiefen. Er war als Präsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes, des Verbandes Bildung und Erziehung und der Weltvereinigung der Lehrerorganisationen auf bayerischer, deutscher und internationaler Ebene gestaltend tätig. Unermüdlich trat er ein für eine fruchtbare Verbindung von schulischem Lernen, politischem Handeln und wissenschaftlichem Forschen. Getreu seiner Überzeugung, dass Trennung Vorurteile schafft, bekämpfte er Fundamentalisten aller Art, die sich im Besitz absoluter Wahrheiten wähnten. Zentrales Motiv seines Handelns war stets die Sicherung einer wahrhaft pädagogischen Schule und der Freiheit des Lehrers. Die ungelöste Spannung zwischen Bildungsanspruch und Verwertungsnutzen, schulischer Tradition und erzieherischer Emanzipation bewegt nach wie vor sein Denken im Geist der Demokratie.



Heinrich Oberreuter (Hrsg.), Steffen Elsner (Bearb.)

Kristallisationskern politischer Bildung

Zur Geschichte der Akademie 1957 bis 2007
München 2009, Olzog Verlag, 522 S.
ISBN 978-3-7892-8223-2

Die Akademie für Politische Bildung in Tutzing blickt auf mehr als 50 Jahre ihres Bestehens zurück. In dieser Zeit hat sie versucht, ihrem Gründungsauftrag gerecht zu werden. Fünf Jahrzehnte Akademiearbeit lassen sich hier nicht abschließend darstellen. Einiges spiegelt sich in den Reflexionen von Persönlichkeiten, welche die Akademie mitbegründet oder mitgestaltet haben. Der Chronikteil mag dazu beitragen, den vielschichtigen Alltag politischer Bildungsarbeit zumindest schlaglichtartig zu beleuchten. Der vorliegende Band bildet den Abschluss der dreiteiligen Jubiläumsreihe „50 Jahre Akademie für Politische Bildung“. Gemeinsam zeichnen diese Schriften ein facettenreiches Bild von den Herausforderungen, Problemlagen und Themen, die Gesellschaft, Politik und politische Bildung in fünf Jahrzehnten bewegten. Sie ziehen eine lebendige Bilanz der Geschichte und Gegenwart, eröffnen zugleich aber auch den Blick in die Zukunft von Politik und politischer Bildung.



Jos Schnurer schreibt am 31. Oktober 2009
In: <http://www.socialnet.de/rezensionen/8651.php>

Anlässlich des 50jährigen Bestehens hat die Tutzinger Akademie für Politische Bildung eine Fachkonferenz durchgeführt, um über „Herausforderungen und Konzepte politischer Bildung am Beginn des 21. Jahrhunderts“ zu diskutieren. Im Wochenschau-Verlag hat der Herausgeber, der Direktor des Instituts und Ordinarius für Politikwissenschaft der Universität Passau, Heinrich Oberreuter, die Beiträge der Referentinnen, Referenten und Experten in der Schriftenreihe „Tutzinger Schriften zur Politischen Bildung“ jetzt vorgelegt. Dabei ist ein Konvolut entstanden, das sich sehen und lesen lassen kann. ...

Die in Dezennien formulierten Bestandsaufnahmen von Zielsetzungen, Anforderungen und Wirkungen

Akademie für Politische Bildung Tutzing (Hrsg.)
Standortbestimmung politische Bildung
Wochenschau Verlag (Schwalbach) 2009
365 Seiten. ISBN 978-3-89974-498-9.

der politischen Bildung in unserer Gesellschaft, werden als Rückblicke, Gegenwartsanalysen und Zukunftsvisionen dargestellt. Die vorgelegte Bestandsaufnahme ist ein wichtiger Baustein für die drängende und demokratie-existentielle Frage danach, wie Demokratie-Lernen in die Köpfe, Körper und Herzen der Menschen gebracht werden kann – aus Überzeugung und Engagement! Das Buch ist deshalb wichtig für Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen, für Studierende (nicht nur der Politikwissenschaft) und für alle diejenigen, die in der Jugend- und Erwachsenenbildung tätig sind. ...

Jahresbibliografien 2009

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter

Als Herausgeber:

Unentschieden. Die erzwungene Koalition, München 2009 (Olzog), 316 S.

Deutschlands Rolle in der Welt des 21. Jahrhunderts. Zeitschrift für Politik, Sonderband 3. Mit Peter-Cornelius Mayer-Tasch, Baden-Baden 2009 (Nomos), 175 S.

Standortbestimmung Politische Bildung, Schwalbach/Ts. 2009 (Wochenschau Verlag), 365 S.

Kristallisationskern politischer Bildung. Zur Geschichte der Akademie 1957 bis 2007, München 2009 (Olzog), 523 S.

Aufsätze in Sammelwerken:

Politikberatung. Eine Skizze, in: Paula Bodensteiner / Otmar Schießl (Hrsg.): Von den Ideen zum Erfolg: Bildung im Wandel. Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen Nr. 63, München 2009 (Hanns-Seidel-Stiftung), S. 59 - 65.

Parlamentsreform als beständige Herausforderung. Veränderungen zwischen institutionellem Wandel und „großer Reform“ am Beispiel des Deutschen Bundestages, in: Julia von Blumenthal / Stefan Bröckler (Hrsg.): Müssen Parlamentsreformen scheitern? Wiesbaden 2009 (VS Verlag), S. 47 - 65 (mit Jürgen Stern).

Von der Vertrauenskrise zum Unentschieden: die vorgezogene Wahl im Kontext genereller Herausforderungen, in: Heinrich Oberreuter (Hrsg.): Unentschieden. Die erzwungene Koalition, München 2009 (Olzog), S. 9 - 33.

Bayern nach der Landtagswahl 2008, in: Beatrix Karl / Wolfgang Mantl / Hildegunde Piza / Klaus Poier / Manfred Prisching / Bernd Schilcher (Hrsg.): Sterisches Jahrbuch für Politik 2008, Graz 2009 (Schnider's offene Gesellschaft), S. 113 - 114.

Abgeordnete, in: Stefan Huster / Reinhard Zintl (Hrsg.): Verfassungsrecht nach 60 Jahren. Das Grundgesetz von A bis Z, Baden-Baden 2009 (Nomos), S. 11 - 14.

Deutsches Selbstverständnis im Blick nach innen, in: Peter-Cornelius Mayer-Tasch / Heinrich Oberreuter (Hrsg.): Deutschlands Rolle in der Welt des 21. Jahrhunderts, Zeitschrift für Politik, Sonderband 3, Baden-Baden 2009 (Nomos), S. 27 - 44.

Politische Bildung in der freiheitlichen Demokratie, in: Heinrich Oberreuter (Hrsg.): Standortbestimmung Politische Bildung, Schwalbach/Ts. 2009 (Wochenschau Verlag), S. 9 - 22.

Parteiensystem im Wandel – Haben die Volksparteien Zukunft?, in: Volker Kronenberg / Tilman Mayer (Hrsg.): Volksparteien: Erfolgsmodell für die Zukunft? Konzepte, Konkurrenzen und Konstellationen, Freiburg i.Br. 2009 (Herder), S. 43 - 59.

Chancen der Kooperation in schwieriger Nachbarschaft, in: Wojciech Szczykka (Hrsg.): Farben der Nachbarschaft. Deutsch-polnische Herausforderungen im 21. Jahrhundert, Krakau 2009 (Instytut Tertio Millennio), S. 13 - 22.

Was heißt heute konservativ?, in: Ulrich Sarcinelli / Volker Horner (Hrsg.): Was ist Konservativ. Links. Liberal. Grün? Mainz 2009 (Landeszentrale für Politische Bildung Rheinland-Pfalz), S. 20 - 29.

Verantwortung in Gesellschaft, Staat und Kirche: Hans Maier, in: Hans-Rüdiger Schwab (Hrsg.): Eigensinn und Bindung. Katholische deutsche Intellektuelle im 20. Jahrhundert. 39 Porträts, Kvelaer 2009 (Butzon & Bercker), S. 617 - 630.

Streitfall Föderalismus. Einführung, in: Bayerischer Landtag / Akademie für Politische Bildung Tutzing (Hrsg.): Streitfall Föderalismus: 60 Jahre Grundgesetz, München 2009 (Bayerischer Landtag), S. 8 - 16.

Normative Maßstäbe diktaturgeschichtlicher Aufarbeitung, in: Hendrik Hansen / Hans-Joachim Veen (Hrsg.): Aufarbeitung totalitärer Erfahrungen und politische Kultur. Die Bedeutung der Aufarbeitung des SED-Unrechts für das Rechts- und Werteverständnis im wiedervereinigten Deutschland, Berlin 2009 (Duncker & Humblot), S. 63 - 77.

Die Ambivalenz des Konservativen, in: Hans Zehetmair (Hrsg. unter Mitarbeit von Philipp W. Hildmann): Zukunft braucht Konservative, Freiburg i. Br. 2009 (Herder), S. 126 - 139.

Artikel in Handbüchern:

Bundestag (S. 95 - 110), Land (Freistaat) Bayern (S. 325 - 334) und Vertrauensfrage (S. 727 - 729), in: Uwe Andersen / Wichard Woyke (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 6. Auflage, Wiesbaden 2009 (VS Verlag).

Aufsätze in Zeitschriften:

Wie bedeutend ist Bayern? Überlegungen zur Entwicklung der Rolle Bayerns in Deutschland und Europa in Vergangenheit und Gegenwart, in: Bayernspiegel, Heft 1/2009, S. 12 - 17.

Menschliche Schwächen gelten überall eher als Entschuldigungsgrund als auf dem Feld der Politik, in: Klartext. Monatszeitschrift des Bundes der Steuerzahler in Bayern, Heft 6/2009, S. 8 - 10.

Schwund, Wandel, Renaissance?, In: Trend. Zeitschrift für Soziale Marktwirtschaft, Heft 2/2009, S. 6 - 9.

Steffen H. Elsner

Das Petitionswesen – Zwischen politischer Teilhabe und Partizipationsplacebo, in: Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 16/2009 vom 14.08.2009, Url: http://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_elsner_090814.pdf.

Bearbeiter:

Kristallisationskern politischer Bildung. 50 Jahre Akademie für Politische Bildung, (Hrsg. Heinrich Oberreuter), München 2009 (Olzog), 522 S.

Darin die Beiträge:

Chronik der Akademie: Wegmarken und Impressionen aus fünf Jahrzehnten Akademieggeschichte, S. 99 - 297

Personal der Akademie, S. 299 - 320

Gremien der Akademie, S. 321 - 365

Aus dem Tagungsgeschehen der Akademie, S. 367 - 409

Veröffentlichungen der Akademie, S. 411 - 438

Schlüsseldokumente zur Akademieggeschichte (Zusammenstellung), S. 439 - 514

Quellen- und Dokumentenverzeichnis zur Errichtung der Akademie, S. 515 - 522

Dr. Saskia Hieber

Asiatische Riesen. Aufstiegspotentiale asiatischer Großmächte, Tutzingen Schriften zur Politischen Bildung, Schwalbach/Ts., 2009 (Wochenschauverlag), 92 S.

Aufsätze in Zeitschriften

Ressourcenkonflikte zwischen China und Indien, in: Wissenschaft und Frieden, 27. Jg., Heft 2/2009, S. 22 - 25.

Dr. Gero Kellermann

Akademie-Kurzanalysen:

Integrationsverantwortung und Verfassungsidentität – Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag von Lissabon, Akademie-Kurzanalyse 1/2009, Akademie für Politische Bildung Tutzing (<http://web.apb-tutzing.de/apb/cms/fileadmin/Publikationen/Akademie-Kurzanalysen/APBK-01-2009.pdf>).

Stefan Köppl

Aufsätze in Sammelwerken:

Politische Führung zwischen „Erster“ und „Zweiter“ Republik: Italien, in: Martin Sebaldt / Henrik Gast (Hrsg.): Politische Führung in westlichen Regierungssystemen. Theorie und Praxis im internationalen Vergleich, Wiesbaden 2009 (VS Verlag), S. 148 - 170.

Parlamentsreformversuche und Parlamentsreformen in Italien, in: Julia von Blumenthal / Stefan Bröckler (Hrsg.): Müssen Parlamentsreformen scheitern?, Wiesbaden 2009 (VS Verlag), S. 149 - 170.

Dr. Wolfgang Quaisser

Als Herausgeber:

Vom Sozialismus zur Marktwirtschaft: Wandlungsprozesse, Ergebnisse und Perspektiven, (hrsg. mit Karl v. Delhaes und Klaus Ziemer), München 2009 (Olzog), 317 S.

Aufsätze:

Transformationsstrategien und Wirtschaftsentwicklung, in: Vom Sozialismus zur Marktwirtschaft: Wandlungsprozesse, Ergebnisse und Perspektiven, (hrsg. mit Karl v. Delhaes und Klaus Ziemer), München 2009 (Olzog), S. 10 - 37.

Wachstumseinbruch Mittel- und Osteuropas im Spiegel der Prognosen (zusammen mit Michael Knogler), in: ifo Schnelldienst 9/2009, 62. Jahrgang, S. 26 - 33.

Kurzanalysen:

Europäischer Steuerwettbewerb: Steuern und Sozialabgaben in Ostmitteleuropa, (zusammen mit Michael Knogler), Kurzanalysen und Informationen des Osteuropa-Instituts Regensburg, Februar 2009; Nr. 37.

Wachstumsprognosen Mittel- und Osteuropas unter dem Einfluss der Finanzmarktkrise (zusammen mit Michael Knogler), Kurzanalysen und Informationen des Osteuropa-Instituts Regensburg, März 2009; Nr. 38.

Konsequenzen der Finanz- und Wirtschaftskrise für Politik und Gesellschaft, Akademie für Politische Bildung, Akademie Kurzanalyse, Nr. 2, August 2009.



Thomas Schölderle

Rezension zu: Peter Wagner: Moderne als Erfahrung und Interpretation. Eine neue Soziologie zur Moderne, Konstanz 2009 (UVK Verlagsgesellschaft). Rezension vom 02.12.2009, in: socialnet Rezensionen [www.socialnet.de/rezensionen/8657.php].

Dr. Michael Spieker

Monographie:

Wahres Leben denken. Über Sein, Wahrheit und Leben in Hegels Wissenschaft der Logik, Hegel-Studien Beiheft 51, Hamburg 2009.

Alexander Kissler in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 23. Oktober 2009:

Ewig unterwegs

Modernität als Exportschlager:
Eine Tutzing Tagung über deutsche Rabbiner, die ihr Glück im Ausland suchten

... Vergleichsweise wenig erforscht sind die rabbinischen Wanderungsbewegungen von Deutschland aus. Dem Mangel wollte eine ambitionierte internationale Tagung an der Akademie für Politische Bildung im bayerischen Tutzing jetzt abhelfen. Zu Beginn zeichnete Michael A. Meyer vom Hebrew Union College in Cincinnati (USA) das Bild eines Berufsstandes, der ökonomischen Zwängen gleichermaßen ausgesetzt ist wie innerjüdischen Verwerfungen. Während der vormoderne Rabbiner Richter war und Lehrer des Talmuds, nur selten Predigten hielt und über fast keine säkulare Bildung verfügte, wurde er mit der Aufklärung fast zum *Homme de Lett-*

res, der zudem als moralisches Beispiel dienen sollte. Haskala und Emanzipation verhalfen einem unattraktiv gewordenen Beruf zu neuem Ansehen. Ende des 19. Jahrhunderts dann sank der Rabbiner herab zum bloßen Angestellten der jeweiligen säkularen Gemeindeführung. Die Predigt musste eine „ästhetische Erfahrung“ bieten, keinen Diskurs. Dennoch blieben die allermeisten Juden den Synagogen fern. Erst im „Dritten Reich“ füllten sie sich wieder. Statt Erbauung war nun Ermutigung gefragt.

Meyer gewichtete den Einfluss, den deutsche Rabbiner, anfangs sehr der alten Heimat verpflichtet, an neuer Wirkungsstätte gewannen. Zwischen

1933 und 1942 kamen deren 500 in New York an, womit sie stolze drei Prozent der Flüchtlinge stellten. Grundsätzlich schlossen sie sich Reformgemeinden an. Sie lernten mühsam, wie etwa Max Grünwald aus Mannheim, dass man „das Judentum und sich verkaufen musste“ (Meyer), um davon leben zu können. Nicht Steuern, sondern Spenden sorgten schließlich für den Unterhalt. Am nachhaltigsten spürbar wurde der deutsche Einfluss down under. Klein und schwach war die jüdische Gemeinschaft vor Ankunft der Flüchtlinge. Die Orthodoxie in Melbourne, das Reformjudentum in Sydney erblühten dank der Zugezogenen. ...

epd-Bayern Nr. 108 / 17. Dezember 2009:

ARD-Programmdirektor weist Wickerts Kritik zurück

ARD-Programmdirektor Volker Herres hat die Kritik des ehemaligen „Tagesthemen“-Moderators Ulrich Wickert am Programm von ARD und ZDF zurückgewiesen. Für ihn klinge dabei sehr viel „Früher war alles besser, vor allem ich“ mit, sagte Herres auf einer Podiumsdiskussion in Tutzing. Wickert hatte Ende November insbesondere die Sprache der Nachrichtensendungen als „schusselig“ sowie „denkfaul“ kritisiert und mangelnden Anspruch beklagt.

Herres betonte, wenn das Nachrichtenangebot der ARD sich auf mehrere Kanäle ausweite und ausführlichere Informationen beispielsweise verstärkt im Internet angeboten würden, sei das eine „Modernität, die wir uns leisten können“. Der Kritik des „Zeit“-Feuil-

letonchefs Jens Jessen, Fernsehen werde auch bei den öffentlich-rechtlichen Sendern dem Anschein nach nur noch „von Proleten für Proleten und mit Proleten“ gemacht, begegnete der Programmchef mit dem Hinweis, Relevanz entstehe im Fernsehen auch durch Reichweite. Publikum und Fernsehmacher dürften sich nicht „gegenseitig die Qualität absprechen“, sonst schadeten sie damit am Ende allen, sagte Herres.

Anklang fand die Forderung des Hamburger Journalistikprofessors Volker Lilienthal, auch das Publikum müsse zu einem Wertebewusstsein zurückfinden und Qualitätsjournalismus unterstützen, beispielsweise indem es Zeitungen kaufe. Herres betonte, diese Wertschätzung des Gegenübers

müsse jedoch auch seitens der Medienproduzenten stattfinden. Die Referenten sprachen auf der Tagung „Qualität unter Druck“ der Evangelischen Akademie und der Akademie für Politische Bildung in Tutzing zum Thema „Qualität in Presse, Funk und Fernsehen“.

Verleger Dirk Ippen sieht die Qualität des Journalismus durch das Internet eher verbessert als gefährdet. „Das Internet stellt Gesellschaft und Öffentlichkeit viel besser her, als klassische Medien das können“, sagte Ippen in Tutzing. Er glaube daher nicht an eine Krise, sondern an einen Systemwandel der Medien. Ippen sagte, er sei überzeugt, dass mit reiner Information im Internet zukünftig niemand mehr Geld verdienen kann. ...

(Siehe Bericht Seite 19)

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

M ä r z

9-1 1. – 5. März

Nachgehakt – Die Kunst des Fragens

Interviewtraining für Journalisten

Leitung: Michael Schröder / Gabriele ten Hövel

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

9-2* 1. – 3. März

Eire – the Celtic Tiger, a wayward cat?

In Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München

Leitung: Saskia Hieber / Anton Winkelmann

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

9-3 5. – 6. März

Konkordanzdemokratie – ein Demokratietyp der Vergangenheit?

Leitung: Stefan Köppl / Uwe Kranenpohl

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

10-1* 8. – 11. März

Schülerforum Politik: Feindbild Globalisierung?

Leitung: Michael Spieker / Manfred Schwarzmeier

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

10-3 12. – 14. März

Krisen der Weltwirtschaft

Leitung: Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

11-4 15. März

Europa Sozial: Projekte, Programme, Konflikte

In Zusammenarbeit mit dem Bildungszentrum Nürnberg

und der Vertretung der EU-Kommission in München

Leitung: Wolfgang Quaisser / Hermann Kehl / Henning Arp

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

Außentagung im Bildungszentrum Nürnberg

11-1* 15. – 19. März

Der asiatische Raum

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Saskia Hieber / Eva-Maria Post

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

11-2* 15. – 19. März

Medienerziehung in der Schule

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Johannes Philipp

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

11-3 19. – 21. März

Vernunft, Recht und Staat im Judentum

Leitung: Michael Spieker

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

12-1* 22. – 26. März

Ethik in der Oberstufe: Soziale und politische Dimensionen von Glück

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Spieker / Gottlieb Gaiser

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldungen über die Akademie Dillingen

12-2 23. – 25. März

Europa in den Medien

Journalistenreise ins Wunderland der Eurokraten

In Zusammenarbeit mit der EU-Kommission

Leitung: Michael Schröder / Jürgen Gmelch

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

Außenveranstaltung in Brüssel

A p r i l

15-5 16. – 18. April

Gewaltige Medien

Jugend schützen – Chancen nützen

In Zusammenarbeit mit dem Münchner Lehrer- und Lehrerinnenverband (MLLV)

Leitung: Michael Schröder / Waltraud Luèiæ

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

16-2* 19. – 22. April

Fachtagung mit dem Europainstitut der Akademie der Wissenschaften Moskau

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Sybille Haug

16-1 23. – 25. April

International Intelligence and Society

In Cooperation with the International Intelligence History Association

Leitung: Saskia Hieber / Wolfgang Krieger

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

Internet: www.apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

M a i

18-1* 3. – 7. Mai

Aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Wolfgang Quaisser / Günter Grunick

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

18-2* 3. – 7. Mai

USA, Russland, China – Global Player vor neuen Herausforderungen

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Saskia Hieber / Evelin Mederle

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

18-3 7. – 9. Mai

Integrationspolitik in Deutschland und Europa

Leitung: Gero Kellermann

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

18-4 9. – 12. Mai

Internationale Krisen und Konflikte: Kaukasus und Zentralasien

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Leitung: Saskia Hieber / Hans-Georg Lambertz

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

20-1* 17. – 21. Mai

Medien und Politik im Super-Wahljahr 2009

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Gottlieb Gaiser

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Sybille Haug

Chefsekretariat@apb-tutzing.de

Renate Heinz

R.Heinz@apb-tutzing.de

Ina Rauš

I.Raus@apb-tutzing.de

Heike Schenck

H.Schenck@apb-tutzing.de

Karin Sittkus

K.Sittkus@apb-tutzing.de

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter moderierte im Reichstag eine Veranstaltung der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen über das deutsche Wahlrecht. Ebenfalls in Berlin bestritt er das abschließende Zukunftsforum anlässlich des Kongresses der Konrad-Adenauer-Stiftung zu Demokratie und politischer Bildung;

bei der Weiterbildungskonferenz des Landtags von Nordrhein-Westfalen im Düsseldorfer Plenarsaal ein Round-Table über Partizipation, Demokratie und politische Bildung. In Passau sprach er auf einer Tagung der European Law Students Association über Vertrauen und Demokratie, in Bernried über Schwund, Wandel oder Renaissance der Werte und beim 40. Jubiläum des Kreisverbandes Miesbach der Frauen-Union über Frauen in der Politik, in München über Perspektiven nach der Bundestagswahl und in Landau über die Zukunft von Politik und Parteien in Deutschland. Im Münchener Amerika-Haus hielt er die Einführung zu einer Veranstaltung über Obama und die US- Haushaltspolitik.

KOLLEGIUM

Dr. Saskia Hieber sprach an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg über China als regionaler und globaler Akteur und hielt auf einer Videokonferenz mit Prof. Dr. Robert Sutter und Studenten der Georgetown University und der Universität München eine keynote address über „Chinese Security Policy in a Multipolar World Order“. Bei den Trierer China-Gesprächen referierte sie über Chinas Rohstoffpolitik. In der Münchner Ringvorlesung „Geschichte und Politik Ost- und Südasiens“ von Prof. Kindermann sprach sie über Chinas militärische Modernisierung unter besonderer Berücksichtigung der Marine und in Kempten beim Gebirgssanitätsregiment 42 und der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik über indische Politik und Demokratieformen.

Dr. Gero Kellermann wurde zum neuen Personalratsvorsitzenden der Akademie gewählt.

KURATORIUM

Mit Wirkung zum 30. September 2009 sind **aus dem Kuratorium ausgeschieden: Prof. Dr. Walter Eykmann, Wolfgang Hoderlein, Peter Hufe und Ruth Paulig**. Die Akademie dankt herzlich für das große Engagement und zahlreiche Denkanstöße für ihre Arbeit.

Ab dem 1. Oktober 2009 wurden als **neue Kuratoriumsmitglieder** berufen: **Dr. Thomas Beyer**, MdL (stellv.

Fraktionsvorsitzender der SPD im Bayerischen Landtag), **Dr. Sepp Dürr**, MdL (Bündnis 90/Die Grünen), **Karl Freller**, MdL (stellv. Fraktionsvorsitzender der CSU im Landtag), **Thomas Hacker**, MdL (Fraktionsvorsitzender der FDP im Landtag) und **Prof. Dr. Michael Piazzolo**, MdL (stellv. Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler im Landtag). Auf eine gute Zusammenarbeit!

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

.....
Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße..... PLZ..... Ort.....

Tel..... E-Mail.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing